



Wortprotokoll

der 59. Sitzung vom 18. April 1956

Resoconto integrale

della seduta n. 59 del 18 aprile 1956

II. Legislatur
II legislatura
1952 - 1956



CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO
LANDTAG BOZEN

II. Legislatura
II. Legislaturperiode

SEDUTA LIX SITZUNG

18-4-1956

Presidente - Präsident: BERTORELLE
Vice Presidente - Vize-Präsident: MAGNAGO

ORDINE DEL GIORNO:

- 1) Progetto di legge provinciale N. 34: approvazione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1956;
- 2) Progetto di legge provinciale N. 31: "Concessione di una pensione straordinaria alla Signora Anny Erckert vedova del Dr. Karl Erckert,,";
- 3) Ratifica della delibera N. 134-bis dd. 25-1-1956 della Giunta provinciale: "Strada di Costalunga: liquidazione spese e competenze agli arbitri nella vertenza Mondelli,,";
- 4) Ratifica della delibera N. 445 dd. 15-3-1956 della Giunta provinciale: "Classifica strade provinciali,,";
- 5) Ratifica della delibera N. 447 dd. 15-3-1956, presa dalla Giunta provinciale a sensi dell'art. 48, punto 7 dello Statuto di Autonomia: "Costruzione di un teatro a Bolzano e costituzione di un Consorzio fra Provincia e Comune di Bolzano,,";
- 6) Mozione del 30 marzo 1956 presentata dal consigliere Mitolo;
- 7) Interrogazioni ed Interpellanze.

ORDINE DEL GIORNO SUPPLETIVO:

Progetto di legge provinciale N. 33: „Modifiche alla Legge provinciale 8 febbraio 1952, N. 2, sui provvedimenti per l'incremento dell'edilizia popolare,„;
Relazione della Commissione Legislativa per l'Agricoltura, Affari Sociali e Sanità circa il problema "dell'inchiesta sulle condizioni di vita e di lavoro delle genti dell'Alto Adige,„.

Bolzano, 18 aprile 1956
Bozen, den 18. April 1956

PRESIDENZA del VICEPRESIDENTE: Dr. S. Magnago
VORSITZ des VIZEPRÄSIDENTEN:

Ore 9,50 Uhr.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. — Die Sitzung ist eröffnet.

STÖTTER (Segretario - S.V.P.): (Appello nominale, lettura del processo verbale — Namensaufruf, Verlesung des Sitzungsprotokolls).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna, il verbale è approvato. La parola al cons. Amonn.

AMONN (S.V.P.): Obwohl der Verstorbene nicht dem Landtag angehört, so halte ich es doch für rich-

TAGESORDNUNG:

- 1) Landesgesetzentwurf Nr. 34: Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für das Finanzjahr 1956;
- 2) Landesgesetzentwurf Nr. 31: „Gewährung einer außerordentlichen Pension an Frau Anny Erckert, Witwe nach Dr. Karl Erckert“;
- 3) Genehmigung des vom Landesauschuß gefaßten Beschlusses Nr. 134-bis vom 25. 1. 1956: „Eggen-talerstraße — Liquidierung der Kosten an die Schiedsrichter in der Streitsache Mondelli“;
- 4) Genehmigung des vom Landesauschuß gefaßten Beschlusses Nr. 445 vom 15. 3. 1956: „Klassifizierung von Landstraßen“;
- 5) Genehmigung des vom Landesauschuß im Sinne des Art. 48, Punkt 7 des Autonomiestatutes gefaßten Beschluß Nr. 447 vom 15. 3. 1956: „Bau eines Theaters in Bozen und Errichtung eines Konsortiums zwischen der Provinz und der Gemeinde Bozen“;
- 6) Beschlusantrag des L. A. Mitolo vom 30. März 1956;
- 7) Anfragen und Interpellationen.

ZUSÄTZLICHE TAGESORDNUNG:

Landesgesetzentwurf Nr. 33: „Abänderungen zum Provinzialgesetz Nr. 2 vom 8. 2. 1952 — Förderung des Volkswohnbaues“;

Bericht der Gesetzgebenden Kommission für Landwirtschaft und Soziale Angelegenheiten, betreffend die Untersuchung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bevölkerung in Südtirol.

tig, daß ein Mann, der so das Leben der Provinz beeinflusste, wie der Verstorbene, auch hier im Landtag geehrt werde und einen Nachruf bekomme.

Als Ältester der Landtagsabgeordnetengruppe der Südtiroler Volkspartei und damit schon in die Generation hineingerückt, der der Kanonikus angehörte, wurde mir die Ehre zuteil, des verehrten Kanonikus Gamper zu gedenken, den ein bitteres Schicksal uns entrissen.

Die Tragik des neuerliche Verlustes, der an den Lebensnerv unserer Volksgruppe greift, wird uns doppelt bewußt, wenn wir uns erinnern, daß der Kanonikus vor kurzem als Hauptredakteur der „Dolomiten“ in diesem Saale der Trauerfeier für Dr. Erckert noch tief mitfühlend folgte.

Lassen Sie mich absehen, die äußeren Daten seines

Lebenslaufes in Erinnerung zu bringen und nur einzelne Merkmale aufzeigen, die für ihn, aber auch für uns schicksalhaft wurden.

Als Sohn eines Schmiedes in Tisens geboren, gewöhnte ihn bereits seine Jugend glühendes Eisen nach eigenem Willen zu biegen und so entwickelte er sich auch im Priesterkleide zum Schmiede am Schicksal seines Volkes, in einem Kleide, das ihm trotz politischen Kampfes Güte auferlegte, wie es seinem innersten Wesen entsprach.

Nicht zum Kämpfer geboren, sondern zum Kämpfer geworden im Einstehen für den Väter-Glanben und das Heilige, das er als Recht erkannte, so konnte er sich nicht persönlich Feinde schaffen. Nur politische Umstände vermehrten den Kreis jener, denen er zwar Achtung aufzwang, die aber die Gefahr seiner Persönlichkeit und des von ihm ausstrahlenden Überzeugungswillens als Gegenkraft ahnten und fürchteten.

Als wir vor knrzem den 70.sten Geburtstag des uns nun Entrissenen feiern konnten, und er damals, wie es uns schien, in voller Gesundheit unter uns stand, da erinnerten wir uns alle tief bewegten Herzens auch jener Zeiten, die wir gemeinsam erlebten, in denen wir gemeinsam gekämpft, gemeinsam gelitten hatten.

Denn seine vollste Größe bewährte er in der Zeit der uneingeschränkten Verfolgung unseres Volkstums, als der schon damals Unermüdliche immer wieder dafür besorgt blieb, daß der Katakombenunterricht in der Muttersprache gewährleistet und aufrecht erhalten werden konnte.

Nur eines war Ihm dabei größte Hilfe, der unerschütterliche Glaube an das zu verteidigende Recht und die durch gemeinsame Not zu einer verschworenen Einheit zusammengeschlossene Volksgruppe, die sich ausschließlich auf einen Gedanken, dem der Selbsterhaltung, ausrichtete.

Als die Option durch die Voraussetzung des mangelnden Glaubens an die mögliche Erhaltung des Volkstums auf eigenem Boden viele Zehntausende auswandern ließ, da stemmte sich der Kanonikus mit der ganzen Kraft seiner großen Persönlichkeit entgegen, um Volkstum auf eigenem Boden und in eigenem Lande zu erhalten und wurde damit doppelt zum Kämpfer in der Erkennung der Gefahr des bedrohten Volkstums.

Nie auf sein eigenes Wohl bedacht, sich immer mutig, wenn nötig in das Feindeslager des Mächtigsten stellend, war ihm damit das bittere Schicksal des Verfolgten nicht erspart.

So wich er nie der Gewalt, von welcher Seite auch Gnade und Ungnade kommen sollten. Es war die tiefstrahlende Kraft seiner Überzeugung, die jeden wissen ließ, ein Mann steht vor uns, der eine „Persönlichkeit“

ist. Es war die Kraft seiner schlichten Rede, durch die er oft auf Geheimzusammenkünften, wo die Probleme aller deutschen Minderheiten durch ihre berufenen Vertreter diskutiert wurden, seine Überzeugung allen auferlegte. Sein staunenswertes Gedächtnis, das darauf begründet war, daß er alle Begebenheiten mit dem Herzen erlebte, sodaß sie für ihn kein vorübergehender Eindruck blieben, sondern etwas tief Erlebtes, ermächtigte ihn aus der Vergangenheit zu schöpfen, um die Zukunft zu gestalten.

Bevor seine Augen, umgeben von seinen Lieben, betrauert von seinem ganzen Volke, sich in seiner Heimat für immer schlossen, mögen seine Gedanken auch in die Zukunft geschweift sein, die ihm Sorge über Sorge für sein Volk auferlegte. Diese mögen ihn vielleicht sogar sein Lebenswerk haben wanken sehen lassen, das ihm durch seine Überzeugung vom Recht so fest gegründet schien.

Dabei dachte er zeitlebens nie an Gewaltanwendung und lehnte daher auch den Krieg als letzte Auseinandersetzung zwischen den Völkern ab. Er hoffte vielmehr auf jene Kraft, die es ermöglichen soll, über den nationalen Geist hinaus sich zu einem gesamtkontinental europäischen zu entwickeln. Wir werden morgen den Kanonikus, den Zeitungen und Persönlichkeiten als Leuchtturm des Volkes, als seinen Fährmann, als treuen Ekkehard, den von einem Freunde anlässlich des 70.sten Geburtstages als festgefügtter Fels wie der des Gantkofels inmitten der Brandung Bezeichneten zu Grabe tragen.

Wir wissen, daß in einer nie gesehenen Trauerfeier das ganze Südtiroler Volk sich aufmachen wird, um ihn zu geleiten, den wir alle verloren.

Wenn das ganze deutschsprechende Gebiet, von der Etsch bis an den hohen Norden, heute durch seine berufensten Vertreter Anteil nimmt an dem Schmerze, den wir und sie alle heute empfinden, dann soll uns sein tiefer Glaube an die Zukunft, seine aufrechte Hoffnung, ein Trost bleiben.

Ein uns gütiger Gott, der ihn zu seinem Priester schuf, zu einem Führer seines Volkes, zum Schmiede der Gegenwart, sei uns Hoffnung für die Zukunft, sodaß wir alle reinen Herzens und guten Glaubens vor Ihn hintreten können, wie er, der von uns für immer geschieden.

Dann wird es sein, daß seine uner müdliche Arbeit, die ihm fast täglich den Schlaf raubte, eine segensreiche bleibt, und daß die Berge unserer Landes, die nun seine Grabstätte beschützen, ewige Wächter bleiben des Geistes, der nie erstirbt. Des Geistes, der seine Urkraft aus dem Recht schöpft, dessen Betreuung ein Höherer in seine Hände legte und dessen nimmermüden Hän-

den der Auftrag nicht entwunden wurde, sondern im Geistigen festgefügt weiterleben wird.

So nehmen wir trauernd Abschied vom Körperlichen, wissend, daß ein ganzes Volk um ihn trauert, aber auch stolz auf ihn war, ist und bleiben wird, dem aufrechten Hüter des Rechtes der Schwachen.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): A nome del gruppo della socialdemocrazia mi associo al cordoglio per la scomparsa del Canonico Gamper. Noi ci inchiniamo reverenti di fronte alla maestà della morte, riconoscendo allo uomo ed al giornalista qualità non comuni, al di sopra ed al di fuori delle profonde divergenze di ordine politico e sociale che ci dividevano. Con questo spirito, esprimiamo agli intimi ed al quotidiano di lingua tedesca da Lui diretto i sensi del nostro cordoglio.

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze - D.C.): A nome del partito della Democrazia Cristiana mi associo al profondo dolore che ha colpito il gruppo della Südtiroler Volkspartei. Noi ammiriamo nel Canonico Gamper una persona che si è battuta per quelli che egli ha ritenuto essere i diritti del suo gruppo e per questa sua qualità di combattente noi a lui rendiamo onore e lo ricorderemo. Rinnovo il nostro profondo dolore per la sua immatura scomparsa.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Mi sia concesso di associarmi al comune dolore per la scomparsa di Monsignore Gamper ed invio anch'io alla sua famiglia ed alla redazione del „Dolomiten“ le più sincere e vive condoglianze.

PRESIDENTE: Als am Sonntag, den 15. April um 10 Uhr abends Herr Kanonikus Michael Gamper, Präsident der Verlangsanstalt Athesia, Chefredakteur der „Dolomiten“ und Ehrenpräsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen von dieser Welt abgerufen wurde, verbreitete sich diese Nachricht schnell im ganzen Lande und rief Bestürzung und große Trauer hervor.

Sein Tod bedeutet in der Tat einen unersetzlichen Verlust für Südtirol.

Als Priester hat er Gott gedient und getrachtet, den Glauben seinem Volke zu erhalten.

Als Journalist gehörte er zu den prominentesten Persönlichkeiten der deutschsprachigen katholischen Presse Europas.

Als Südtiroler und Mensch war er für sein Volk seit Jahrzehnten ein Vorbild, wie man in unerschütterlicher Treue, Geradlinigkeit und Unerschrockenheit sich für die Rechte und für den Fortbestand seiner Landsleute und seiner geliebten Heimat einsetzt.

Diese seine Eigenschaften verschafften ihm nicht nur die Verehrung und Hochschätzung der Südtiroler,

sondern auch die Achtung und Anerkennung jener, die seine Meinung nicht geteilt haben.

Ich schließe mich im Namen des Landtages den Ausführungen der Vorredner an und gestatte mir, seinen Angehörigen, der Verlangsanstalt Athesia sowie der Redaktion „Dolomiten“, tiefempfundene Teilnahme auszusprechen.

Allorché domenica, 15 aprile alle ore 10 il canonico Michael Gamper, presidente della casa editrice Athesia, redattore capo del quotidiano „Dolomiten“ e presidente onorario dell'Unione Federalista dei gruppi etnici di Europa, si spense, tale notizia si diffuse immediatamente e provocò sgomento e vivissimo cordoglio.

La sua morte infatti costituisce una perdita irreparabile per il Sudtirolo.

Come sacerdote egli ha servito Dio e cercato di conservare la fede al suo popolo.

Come giornalista egli fu una delle personalità più prominenti della stampa cattolica europea di lingua tedesca.

Come Sudtirolese e uomo egli fu da decenni per il suo popolo un esempio del come ci si adopera con fede imperturbabile, dirittura e coraggio per i diritti e la vita dei suoi compaesani e della sua amata terra.

Queste sue qualità gli procurarono non solo la venerazione e la stima dei Sudtirolesi ma anche il rispetto ed il riconoscimento da parte di coloro che non hanno condiviso le sue idee.

Mi associo a nome del Consiglio provinciale ai precedenti oratori e mi permetto di esprimere il profondo cordoglio ai suoi parenti, alla Casa Editrice Athesia nonché alla redazione del „Dolomiten“.

Leggo il telegramma pervenuto al Presidente del Consiglio provinciale in occasione della morte del Canonico Gamper da parte del Presidente della Dieta tirolese, dr. Johann Obermoser:

„Zum Ableben des Kanonikus Michael Gamper spreche ich namens des Tiroler Landtages aufrichtige Anteilnahme aus. Wir trauern mit Ihnen um den großen Patrioten und Helfer seines Südtiroler Volkes. Komm. Rat Johann Obermoser, Landtagspräsident, Innsbruck.“

“Esprimo a nome della Dieta tirolese sentimenti nostro profondo cordoglio. Compiangiamo unitamente a voi il grande patriota e soccorritore del Popolo sudtirolese. Consigliere Commerciale Johann Obermoser, Presidente della Dieta tirolese.“

Primo punto all'ordine del giorno: *“Progetto di legge provinciale N. 34: approvazione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1956“.*

Punkt 1) der Tagesordnung: „Landesgesetzentwurf Nr. 34: Genehmigung des Haushaltsvoranschlags für das Finanzjahr 1956“.

PUPP (Presidente della Giunta - S.V.P.): Vorrei pregare il Consiglio di trattare prima il secondo punto all'ordine del giorno riguardante la legge sulla pensione alla vedova Erckert, perché se approviamo prima il bilancio dovremo poi fare una variazione allo stesso.

PRESIDENTE: C'è qualcuno che ha qualche cosa in contrario? — Ist jemand gegen den Vorschlag? Tutti d'accordo. Mi permetto di proporre che durante la discussione di questa legge, trattandosi di persona, si faccia seduta segreta. Sono tutti d'accordo.

(Seduta segreta — Geheimsitzung).

PRESIDENTE: E' stata fatta la proposta di voler inserire nell'ordine del giorno il progetto di legge provinciale recante modifiche alla legge provinciale dello 8-2-1952 sui provvedimenti per l'edilizia popolare, trattandosi di un urgente provvedimento.

E' chiaro che se il Consiglio a maggioranza dei tre quarti a votazione segreta approva l'inserimento all'ordine del giorno, questa legge viene trattata dopo il bilancio, non avendo i signori consiglieri a disposizione i documenti.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Vorrei cogliere l'occasione dell'inserimento di questo progetto di legge all'ordine del giorno, progetto che mi trova perfettamente d'accordo, riconoscendo l'opportunità e l'urgenza del suo varo, per chiedere di inserire anche, allo stesso modo, la relazione relativa all'inchiesta sulle condizioni di vita e di lavoro in Alto Adige, perché, signor Presidente, lo sguido è dovuto alla Presidenza, non certo alla Commissione. Io ho estesa la relazione, la Commissione l'ha approvata; è stata poi tirata regolarmente e consegnata alla Presidenza del Consiglio, la quale Presidenza, non so per quali ragioni, forse per dimenticanza e solo per dimenticanza, non l'ha messa all'ordine del giorno. Vorrei, quindi, fare la proposta formale di inserirla all'ordine del giorno, con lo stesso sistema e metodo usato dagli altri signori.

Ringrazio fin d'ora il Consiglio che, sono certo, accetterà questa proposta.

PRESIDENTE: La sua proposta la metterò in votazione quando avremo votato questa prima, perché sono due cose separate.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Sì, Presidente.

STÖTTER (Segretario - S.V.P.): (Appello — Namensaufruf).

PRESIDENTE: Viene inserita all'ordine del giorno, con 14 votanti e 14 favorevoli, la discussione del di-

segno di legge "Modifiche al disegno di legge provinciale dell'8-2-1952, N. 2, sui provvedimenti per l'incremento dell'edilizia popolare...". La cosa viene trattata dopo la discussione del bilancio.

Adesso metto ai voti la proposta di inserimento all'ordine del giorno fatta da Molignoni, cioè la relazione sull'inchiesta sulle condizioni di vita e di lavoro delle genti in Alto Adige... Anche questa viene trattata dopo il bilancio.

STÖTTER (Segretario - S.V.P.): (Appello — Namensaufruf).

PRESIDENTE: La proposta è stata accolta con 14 favorevoli su 14 votanti.

Punto 1. all'ordine del giorno: "Progetto di legge provinciale N. 34: approvazione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1956...".

Punkt 1) der Tagesordnung: „Landesgesetzentwurf Nr. 34: Genehmigung des Haushaltsvoranschlags für das Finanzjahr 1956“.

Relazione della Giunta!

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze - D.C.): (Legge la relazione — liest den Bericht).

AMONN (S.V.P.): (Legge la relazione della Commissione — liest den Bericht der Kommission).

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non ho intenzione di iniziare la discussione generale; volevo pregare, a nome anche degli altri consiglieri, se non fosse possibile stabilire l'orario dei lavori, perché penso che stiamo attraversando un periodo laborioso, — lo dimostra la diserzione di molti seggi — e sarebbe perciò opportuno stabilire, grosso modo, l'ordine dei lavori ed anche lo orario giornaliero.

PRESIDENTE: Adesso lavoriamo ancora un'ora scarsa, poi nel pomeriggio dalle ore 15 alle ore 18,30; domani solo la mattina fino a mezzogiorno, il pomeriggio niente. Poi si continua dopodomani e sabato eventualmente, e credo che poi avremo finito. Se venerdì sera noi non finissimo il bilancio dovremo continuare sabato.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Venerdì, tutto il giorno?

PRESIDENTE: Sì, venerdì tutto il giorno; e qualora non si avesse finito, anche sabato, la cosa urge. E' aperta la discussione generale!

MITOLO (M.S.I.): Se non si crea l'atmosfera io non parlo! (Ilarità — Heiterkeit).

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Quest'anno abbiamo deciso di dare la parola alla maggioranza e la minoranza parlerà dopo.

PRESIDENTE: Mancano venti minuti a mezzogiorno, dobbiamo continuare, qualcuno deve parlare altrimenti la discussione generale è chiusa.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Permetta Presidente, un oratore che prende la parola adesso deve per forza interrompere il suo dire ad un certo momento, perché di solito uno parla per almeno un'ora e mezza. Converrebbe quindi, dal momento che mancano venti minuti a mezzogiorno, sospendere e riprendere alle tre.

PRESIDENTE: Guardate, se sospendo adesso devo incominciare prima nel pomeriggio. Non possiamo permetterci questo lusso, dato che la cosa è urgente. In questo caso cominciamo alle 14,30, perché anche il Presidente della Giunta mi ha detto come sia urgente questa legge e non possiamo permetterci il lusso di perdere tempo. Allora alle 14,30. — Um 14,30 Uhr. — Prego essere puntuali perché se non c'è nessuno che parla quando inizia la seduta, la discussione generale è chiusa.

Ore 11,40 Uhr.

Ore 14,50 Uhr.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. — Die Sitzung ist eröffnet. — Chi chiede la parola nella discussione generale sul bilancio.

Es beginnt die Generaldebatte zum Haushaltsvoranschlag 1956.

La parola a Molignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Signor Presidente, inizio, come tutti gli anni, anche quest'anno la discussione generale sul bilancio, ma, ad una condizione. Io non mi sento eccessivamente bene, penso che anche lei sia nella stessa situazione e chiedo che, eventualmente, ad un certo momento del mio lungo intervento, mi si conceda di poter sedere; chiedo cioè di poter continuare la discussione seduto se, ad un certo momento, non mi sentissi più di stare in piedi.

PRESIDENTE: Va bene!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): La ringrazio! Ho diviso anche quest'anno il mio intervento sul bilancio in due parti, che poi, in sostanza, si completano e costituiscono un tutto armonico. Ho dedicato la prima parte a qualche osservazione relativa all'amministrazione in genere e la seconda parte, invece, ad un esame politico della situazione locale; cosa che ritengo assolutamente doverosa alla vigilia della chiusura della seconda legislatura, perché, anche se ci separa qualche mese dalla chiusura del Consiglio, possiamo considerare questo dibattito sul bilancio provinciale come, indubbiamente, quello più importante che ci rimane ancora davanti per la legislatura in corso. Osserverò anzitutto, a titolo di cro-

naca, che anche quest'anno il bilancio, come sempre, viene presentato con il solito ritardo, nell'imminenza quasi della chiusura dell'esercizio provvisorio richiesto e concesso; impedendo così al Consiglio una disamina profonda e completa degli aspetti generali e particolari del bilancio stesso. E' un fatto che si ripete ormai da quattro anni, per me, ma, credo da otto anni per il Consiglio in genere; un fatto sul quale tutti i consiglieri di minoranza, alternatisi in questo Consiglio, hanno sempre elevata riserva, ma che, in sostanza, non si è riusciti mai ad eliminare. C'è chi dice si faccia a bella posta a fare in questo modo, per mettere il Governo di fronte alla urgenza dell'approvazione, allo scadere dei termini e così superare, eventualmente, certe difficoltà di un esame più attento ed approfondito. Sono male lingue; io penso che le cause siano di altra natura e verrò individuandole secondo i dati che ho a mia disposizione. Certo è che questo ritardo provoca una paralisi dell'attività dell'amministrazione provinciale. Questo nessuno lo può negare; limita la sfera delle erogazioni a quelle di carattere obbligatorio come sappiamo e, quantitativamente le limita al dodicesimo del complesso delle spese effettive dello scorso esercizio. Questo indubbiamente provoca quella paralisi a cui accennavo. Anche in questo bilancio ci sono promesse, come tutti gli anni, circa la tempestività e l'anticipo della presentazione futura, promesse che ritengo siano, come sempre, vane e lascino, in certo qual modo, il tempo che trovano. La prima osservazione che devo fare e che salta agli occhi di chi ha guardato attentamente il bilancio è relativa alla dichiarazione che si fa a pagina 2, laddove si dice che il bilancio del 1956: (legge — liest). Evidentemente dopo una dichiarazione di questo genere, fatta dal Presidente della Giunta nella sua relazione che accompagna il bilancio, ci si aspetterebbe legittimamente una differenziazione sensibile nella struttura e nell'impostazione; invece poi, quando si affonda l'occhio nel bilancio stesso, si rimane perplessi perché ci si trova di fronte ad un bilancio che nella sostanza è la copia integrale dei bilanci precedenti, con gli stessi articoli, la stessa impostazione. Ora, non so, se si possa sostenere che il trasferimento di articoli da una parte all'altra del bilancio possa costituire un differenziamento sensibile e sostanziale. Guardate che questo metodo adottato nel bilancio del 1956 potrebbe essere definito un sotterfugio, una specie di sotterfugio, perché, il trasferire gli articoli da una parte all'altra del bilancio ha provocato la scomparsa completa dei capitoli che venivano raggruppati nei bilanci precedenti sotto il titolo di "spese facoltative", ma, naturalmente, non sono scomparse le spese facoltative, che piuttosto, sono state in certo qual modo mimetizzate qua e là, in sordina, fra le spese dei vari Assessorati. Vorrei richiamarmi brevemente a quella che è stata la lettera del Commissario del Governo dell'anno scorso, sulla approvazione del bilancio 1955, il qua-

le Commissario del Governo, nel rimandare registrato ed approvato il bilancio, ricordava — ho qui la copia a disposizione per l'eventuale lettura se qualcuno avesse dei dubbi in materia — ricordava che sono ancora in vigore, nonostante l'esistenza dello Statuto di autonomia ed il regime di autonomia, la legge provinciale e comunale ed il relativo regolamento. Ribadito questo concetto, penso, che quest'anno indubbiamente il Governo attraverso il Commissario del Governo, rileverà in sede di esame del bilancio, quello che ho definito il mimetismo delle spese facoltative, mimetizzate, secondo il mio modesto avviso, per sfuggire in modo assai elegante e forse intelligente, all'obbligo del rispetto della famosa percentuale voluta dalla legge; sulla quale non mi dilungo, perché è stato argomento di discussioni ampie in questa sede. Ho, detto anche, l'ho detto sistematicamente ad ogni bilancio, e, così lo ripeto in questa occasione, che il bilancio deve avere due caratteristiche fondamentali: quella della veridicità, senza mascheramenti, senza mimetismi di sorta e quella della tempestività della sua presentazione, perché possa tempestivamente mantenere fede agli impegni ed obblighi che il bilancio stesso assume. Evidentemente di fronte a questi due fatti si rimane perplessi. Segue un'altra dichiarazione interessante nella relazione del Presidente della Giunta, laddove a pagina 2, 4.º comma dice che la mancanza di leggi provinciali non può imputarsi a poca attività dell'organo legislativo provinciale, ma ad un complesso di cause, fra cui quella principale della mancanza delle norme di attuazione, e continua poi dicendo che è intendimento di questa Giunta di intensificare la propria attività legislativa, onde arrivare nel più breve tempo possibile ad una completa sistemazione normativa della materia. Qui entriamo nel campo dell'attività legislativa provinciale; ho detto, che a noi interessa da vicino, che a noi sta a cuore come consiglieri provinciali. Anche su questo argomento ci siamo dilungati negli anni scorsi e sempre abbiamo rilevato che era, in certo qual modo, troppo comodo dire che questa inattività deriva dalla mancanza, soprattutto, dalla mancanza delle norme di attuazione. Scusate, avete sempre detto — ricordo che l'Assessore Benedikter l'ha ripetuto più volte — che non sono necessarie le norme di attuazione, comunque, non sono necessarie dovunque la Provincia ha facoltà legislative; se mai, solo in particolarissimi e determinati argomenti contemplati agli articoli 11, 12 dello Statuto. Ora è inutile venirci a dire che solo quel fatto determina l'inattività di carattere legislativo; e penso che sia inutile dire che in pochi mesi si vuole fare quello che non si è fatto in quattro anni. Ormai, i pochi mesi che ci dividono dalla scadenza della legislatura ci daranno ben poche possibilità in campo legislativo; ci faranno fare due o tre leggi, che poi magari saranno respinte, perché affrettate, perché non approfondite, perché non rispettose degli obblighi che

in campo legislativo incombono su di noi. E finisce la legislatura! Per cui vorrei considerare l'elenco delle leggi in vigore, in sostanza, il conto consuntivo che il Consiglio Provinciale allo scadere della seconda legislatura può presentare alla pubblica opinione. E' ben poca cosa, serenamente lasciatelo dire, è ben poca cosa. Ho qui questo elenco e non vi nascondo che è mortificante per il Consiglio Provinciale pensare che in quattro anni, passati a discutere e contro discutere, si sono varate praticamente tre leggi; perché non possiamo considerare legge la variazione alla legge sui masi chiusi. Rispettivamente quattro altre giacciono, in corso di discussione, presso la Corte costituzionale. Bisogna dire che l'attività è stata scarsa, scarsa, tre volte scarsa. Quella premessa fatta dal Presidente della Giunta a pagina due, di una attivizzazione futura, può rappresentare il viatico a quella che sarà la terza legislatura, al nuovo Consiglio Provinciale che si investirà del mandato nel tardo autunno prossimo venturo. Visto che ho sfrondato, dal mio punto di vista, la tesi del Presidente della Giunta da me definita insostenibile (lo slogan cioè che ad impedire di legiferare sia solo la mancanza delle norme di attuazione o, rispettivamente, i cavilli giuridici posti dal centro), cercherò di individuare quali siano le cause fondamentali di questa inattività, o, di questa scarsa attività legislativa del Consiglio. Io individuo la causa fondamentale di tutto ciò in quello che, più e più volte, ho definito il "monopolio del governo", da parte della S.V.P. e della D.C. Più e più volte abbiamo in sede di Consiglio Regionale, parlato di monopolio e mi ricordo che il Presidente Odorizzi con la calma che lo caratterizza si è sempre preoccupato di rispondere, dicendo: voi parlate di monopolio, ma non è il caso, perché ad ogni apertura di legislatura abbiamo offerto alla socialdemocrazia questo o quel posto, questa o quella responsabilità. Evidentemente il Presidente Odorizzi, e con lui tutti coloro che così ragionano, non hanno capito quello che noi intendiamo per "monopolio politico"; non hanno inteso, o hanno frainteso considerando che noi diciamo monopolio perché non siamo sui banchi della Giunta, perché non si è assunto un posto nel campo strettamente amministrativo, perché ci si è rifiutati di sedere su quei banchi. Non è questo il nostro pensiero. Quando noi parliamo di monopolio D.C. e S.V.P., non intendiamo questo. Intendiamo invece quella frattura, quella profonda frattura che esiste fra il legislativo e l'esecutivo propriamente detto, fra la Giunta ed il Consiglio. Questo per noi significa monopolio politico! per cui l'esecutivo si arroga tutti i diritti e non riconosce nessun diritto e nessuna compartecipazione al legislativo, vale a dire, al Consiglio Provinciale. Ho detto che l'esecutivo ha la prerogativa dell'iniziativa, la prerogativa delle proposte di legge, del regolamento, degli stanziamenti dei fondi di bilancio e non accetta mai — dico quasi mai, salvo rarissime eccezioni insignifi-

canti per la loro portata e contenuto — il consiglio e l'apporto di quello che è il legislativo, il Consiglio; prescindendo da maggioranza e minoranza, prescindendo da collaborazione ed opposizione. Di contro a questo stato di cose sta a mio modo di giudicare un'altra grave lacuna, una specie di autonomia, nell'autonomia. Spiego subito il senso: gli Assessorati svolgono un'azione a compartimenti stagni, in certo qual modo non legata fra di loro, costituendo dei veri e propri compartimenti stagni, perdendosi molte volte in quisquillie, in minuzie che dovrebbero essere lasciate piuttosto agli organi tecnici della Provincia propriamente detti. La Giunta dovrebbe ricordare quale è la sua funzione, il suo mandato di governo della cosa pubblica e di esecutrice di quelle che sono le volontà dei consiglieri e del Consiglio tutto. Tutto è avvolto nel mistero e nel riserbo; a noi è particolarmente difficile penetrare nei sacrali dell'amministrazione della Giunta e dei singoli Assessorati, mentre invece sappiamo che ogni deliberazione è un atto amministrativo, un atto quindi pubblico, che il Consiglio, in particolare, avrebbe il diritto di conoscere. Più e più volte abbiamo faticato per avere dati, per controllare ed esaminare qualche atto; c'è sempre il sospetto che lo si faccia per una ricerca oziosa che poi si traduca in una critica astiosa od altro. Per cui, sinceramente, ci sentiamo tagliati fuori o quasi e ci viene tolta ogni possibilità di contatto con l'amministrazione stessa. Penso che l'attività per essere veramente attività proficua, per essere produttrice, dovrebbe essere attività basata su un concetto di collaborazione fra l'esecutivo ed il legislativo, di intima unità fra l'Assessorato ed Assessorato, nell'interesse collettivo, senza riserve e senza compartimenti stagni di sorta. Voglio dire di più in questa occasione, perché forse non avremo occasione di dirlo nella prossima legislatura; nessuno di noi è certo di poter sedere ancora su questi banchi e così di avere l'occasione di ritornare su questo argomento. Per cui è meglio dirlo oggi, in quanto avremo almeno la soddisfazione di averlo detto, non avremo rimpianti di sorta; ogni occasione perduta determina un rimpianto postumo ed io vorrei morire senza aver rimpianto alcuno. Noi siamo dei tollerati; in noi si intravede sempre lo spirito di critica, non ci si dà e non ci si è mai dato atto di buona fede. Non si è mai riconosciuto in noi un sincero trasporto, spontaneo e genuino verso l'amministrazione provinciale, verso l'amministrazione della cosa pubblica; si è sempre visto in noi degli esseri strani che di notte macchinano quello che poi di giorno devono realizzare, a tutto danno dei singoli e delle collettività. Ma noi non siamo dei mostri! Siamo uomini anche noi, bene intenzionati, che seguiamo un indirizzo politico, un'ideologia diversa dalla vostra, ma che non è detto debba condurre al disastro; può condurre anche essa e lo dimostrano tutte quelle Nazioni europee del nord, laddove i nostri principi si sono realizzati, può condurre a risultati positivi,

molto più felici di quelli che avete saputo raggiungere voi. Del resto voglio dimostrare questo, voglio dire che abbiamo fatto la critica per la critica, astiosa e contro produttore, o comunque insignificante; voglio dire che riassumendo quelle che sono state le nostre critiche attraverso questa legislatura in materia di amministrazione in genere e di bilancio in particolare (perché è bene che lo riconosciamo noi pubblicamente, se voi non lo riconoscete) il nostro apporto è stato quanto meno positivo; secondo noi, se non degno di plauso, almeno di un riconoscimento, alla fine della legislatura, alla conclusione del nostro lavoro. Questo riconoscimento ce lo diamo noi, se nessun altro è disposto a darlo. Guardate, una critica fondamentale che avevamo mosso era quella dell'avanzo di amministrazione, il "casus belli", della Provincia di Bolzano. Avete visto anche voi, avete riconosciuto la bontà dell'impostazione e l'avanzo di amministrazione è stato approvato e l'impiego di esso è stato deliberato. E' stato detto anche che il bilancio lo si approva con legge; abbiamo cominciato a dirlo nel 1952 e siamo arrivati al 1955; vi siete convinti che il bilancio andava approvato con legge anche se sembrava dappprincipio che dicessimo cose insensate. Questa proposta è stata avanzata soprattutto per evitare l'enorme quantità di storni che venivano fatti in "camera caritatis"; l'abbiamo denunciato a suo tempo, che dal momento che il bilancio era approvato con legge, anche le eventuali variazioni dovevano essere approvate con legge. Vi dirò una cosa a questo proposito, ve l'ha già detta anche il consigliere Amonn nella relazione che accompagna il bilancio, nella relazione della Commissione: c'è una scappatoia, penso che l'abbiate già individuata; comunque non è male che ve la suggerisca caso mai non l'aveste individuata. Sapete che la Giunta può prelevare dal fondo di riserva senza bisogno di legge, dell'approvazione del Consiglio, con la sola deliberazione di Giunta. Allora è facilissimo con un accorgimento tecnico tornare alla stessa situazione di prima, degli storni fatti in "camera caritatis"; basta che nel corso dell'esercizio, di fronte ad uno stanziamento esuberante si faccia un provvedimento di legge generico che disponga che tali economie vengano accantonate nel fondo di riserva; e poi si concede, attraverso una semplice deliberazione di Giunta, che si distribuiscano ai vari Assessorati. Io ho detto questo con un senso di ironia; mi auguro che questo non accada, che cioè il sistema degli storni, che già abbiamo più volte denunciato, non si sostituisca a questo altro sistema, ma che si faccia tutto alla luce del sole, attraverso una regolare impostazione ed una regolare deliberazione da parte del Consiglio e non della Giunta soltanto. In tema di critiche, che riassumono il pensiero nostro del passato, avevamo rilevato come l'avanzo economico era tale da richiedere una riduzione della sovrimposta terreni e fabbricati, dal terzo al primo limite. E' stato detto che anche questo era un suggerimento

che si basava su fatti fondati, dal punto di vista giuridico. C'è stato detto che non si poteva praticare, perché l'ufficio delle imposte aveva già predisposto i ruoli. Abbiamo mosso un rilievo sul carattere delle spese facoltative inserite, come dicevo, fra le obbligatorie, ed anche qui abbiamo avuto piena soddisfazione, perché la circolare del Governo, del Commissario del Governo, se ben ricordate, puntualizzava questo specifico fatto e ricordava ancora una volta che le norme della legge comunale e provinciale, accanto a quelle dello Statuto di autonomia, sono sempre vigenti e cogenti. Penso che questa osservazione ci sarà fatta ancora; sono convinto che ci sarà rifatta anche se mandiamo il bilancio all'ultimo momento, se troviamo la scappatoia del tempo che stringe. Il Governo avrà modo di rilevare il sotterfugio usato per far scomparire le spese facoltative, mimetizzandole fra i vari Assessorati ed i vari capitoli. Ora che ho riassunto una serie di quelle che sono state le nostre critiche nel passato, dimostrando che queste critiche si sono rese alla luce del sole vere, sane, operanti e fattive, tanto che voi ne avete fatto, se non tesoro, almeno, in linea di massima, le avete praticamente applicate, passerò a fare qualche breve osservazione sul bilancio del 1956. Comincio da quella che passa sotto il nome di mutuo dei 570 milioni; si dice che questo bilancio è un bilancio di pura competenza, perché non si applica l'avanzo di amministrazione, quindi dovrebbe rappresentare il bilancio ideale laddove le entrate pareggiano le uscite. A me non sembra si possa dire questo, quando il pareggio lo si ottiene non attraverso il confronto delle entrate e delle uscite, ma attraverso la contrazione di un debito pari a 570 milioni. Guardate, in fatto di mutui, voglio dire con estrema chiarezza il nostro pensiero. Non siamo contrari ai mutui, ai mutui in generale, quando rispondono a delle esigenze che siano squisitamente sociali, necessarie, che abbiano cioè un'autentica funzione sociale. No, assolutamente no! noi non poniamo come limite al bilancio il pareggio; il nostro limite al bilancio è il bisogno, non il pareggio ma il bisogno; per cui siamo d'accordo che si possano fare debiti. Meglio fare debiti che lasciare uno stato di disagio, che si riflette nella popolazione, che si riflette negli strati sociali. Indiscutibilmente meglio far debiti; preferiamo lasciare ai nostri figli debiti, che non lasciare loro cose non fatte, imperdonabili stati di disagio. Però, in materia di debiti, siamo guardinghi. Ora, non si ricorre ad una riduzione di spese, di quelle di carattere facoltativo; evidentemente, di fronte al bisogno di pareggiare il bilancio la prima cosa da farsi è l'esame attento ed oculato delle spese superflue, di carattere facoltativo; si contrae invece un mutuo, un debito dell'importo e del peso annuo di 27 milioni, al 7,50%. C'è un contrasto di ordine tecnico, perché, mentre si dichiara subito di non applicare l'avanzo di amministrazione, con un certo senso di vanto, in un secondo tempo, che cosa si fa? Si

avverte che al pareggio si giunge contraendo un mutuo di 570 milioni; non credo che 570 milioni costituiscano una bazzecola di fronte ai quali non si debba riflettere. A pagina 6 della relazione si legge che il bilancio è florido, che presenta una situazione economica pari a Lire 185.414.700. A questo punto potrei rifare il discorso già fatto l'anno scorso, potrei presentare quel tale ordine del giorno, che quest'anno non presento perché è inutile presentare un ordine del giorno che passa alla storia delle sedute del Consiglio, ma che agli effetti pratici non raggiunge lo scopo, potrei dire come l'anno scorso che bisogna attenersi alle norme che regolano la formazione del bilancio; norme che stabiliscono, se non erro l'anno scorso ho letto l'articolo della legge, che gli enti locali quando non raggiungono il pareggio economico sono autorizzati ad applicare la sovrainposta fondiaria fino al massimo del terzo limite, e per conseguenza, quando il bilancio presenta un avanzo economico di questo genere, di questa portata, sarebbe dovere morale dell'amministrazione nei confronti degli amministrati ridurre la sovrinposta al limite più moderato. Dicevo, che non sono Cicero che parla "pro domo sua", perché sappiamo benissimo che la sovrinposta sui terreni tocca soprattutto gli elementi di lingua tedesca. Noi abbiamo il senso dell'obiettività nei confronti di tutti i cittadini e quindi non possiamo soffrire neppure che si faccia torto ai contadini dell'Alto Adige, ai braccianti dell'Alto Adige, o ai proprietari di case, perché questa non è assolutamente una giustificazione di ordine legale e morale. Non vorrei risentire l'osservazione fatta l'anno scorso, cioè, che la cosa non è attuabile perché gli uffici hanno già predisposto i ruoli. Ho voluto vedere questa faccenda, ho chiesto agli uffici competenti finanziari, a coloro i quali hanno il compito di costituire i ruoli e mi hanno assicurato che la riscossione va in atto al primo luglio, e che è proprio in questi mesi, nei mesi di aprile e di maggio che si provvede alla formazione dei ruoli. Per cui non è valida questa ragione, non è sufficientemente probante e penso che si sarebbe potuto operare, con senso di giustizia, per l'abbattimento di questa imposta, che anche se non costituirà una grande cifra, una grande somma, nelle tasche dei poveri farebbe comodo; è attraverso sacrifici e risparmi che in sostanza vivono giorno per giorno, lavorando e trascinandolo avanti la loro misera vita. Ad ogni modo l'osservazione fondamentale che faccio al bilancio è questa: si crea una situazione di contrasto, di contraddittorietà quanto meno strana, perché osserviamo tre situazioni del tutto diverse, in contrasto fra di loro e con la logica. Anzitutto c'è un sintomo di tranquillità, per cui non si ritiene necessario applicare l'avanzo di amministrazione, si dimentica, si riprenderà poi l'anno venturo, ma non si parla di esso; poi c'è un sintomo di agiatezza che è dato dall'avanzo economico del quale ho parlato in questo momento e che dovrebbe indurre allo alleggerimen-

to della sovrimposta; in fine c'è poi una specie di grido di allarme, quasi una richiesta di pronto soccorso per una situazione disastrosa e disperata che spinge al prestito, al debito, al mutuo. Ripeto ancora una volta che non sono contrario al mutuo in sé e per sé, è inutile insistere su questo concetto, ma avrei voluto vedere la spiegazione di questo mutuo. Guardando a pagina 3 della relazione, le spese, l'elencazione delle spese a cui è destinato un mutuo avrei da fare qualche piccola riserva in relazione al fatto che la legge concede il mutuo solo per spese essenziali, inderogabili, nell'impossibilità di demandarle agli esercizi futuri. Non vi nascondo che per parte delle spese potrei fare le mie riserve. Ma quello che fondamentalmente non posso approvare è che non si faccia l'accertamento dell'avanzo di amministrazione, che può essere consistente anche quest'anno come per il passato, (la sorpresa l'abbiamo avuta) è che non si faccia un esame dei residui passivi ed attivi e si accenda un mutuo. Io preferirei operare diversamente: applicare l'avanzo di amministrazione e coprire con il mutuo quell'eventuale lacuna che non fosse soddisfatta dall'avanzo di amministrazione stesso. Questo il consiglio che mi permetterei di dare a conclusione della mia breve relazione. A proposito dei residui attivi e passivi lasciatemi dire che, circa un miliardo di residui attivi e l'elenco dei residui passivi di oltre un miliardo e mezzo, rappresentano qualche cosa sulla quale penso valga la pena di soffermarsi un momento. Anche questo è un concetto che abbiamo ripetuto tutti gli anni sistematicamente e ripetiamo ancora; è, secondo noi, il campanello di allarme per quanto concerne l'attività della Provincia. Nessuno riuscirà a convincermi che cifre cospicue, di questo genere, relative ai residui attivi e passivi, particolarmente quelli passivi contenuti in 10 pagine dell'allegato che ognuno può controllare (da pagina 4 a pagina 14), nessuno può convincermi, che questo non sia dovuto alla mancanza di attività e di coordinamento da parte dell'amministrazione stessa. Se noi leggiamo l'elenco di quei residui e facciamo una specie di diagramma, potremmo stabilire l'attività svolta dai singoli Assessorati, quello che ha lavorato di più, quello che ha lavorato di meno, quale è sott'acqua fino al collo e quale si muove discretamente. Andando avanti di questo passo avverrà che l'anno venturo a quei residui si aggiungeranno altri di quest'anno, perché naturalmente l'attività dell'amministrazione è già handicappata in partenza dai quattro mesi di esercizio provvisorio. I motivi di questa mancanza di attività, di questa insufficienza di attività amministrativa li ho già esposti; ho già detto quali, secondo me, sono le remore fondamentali della Giunta; una maggiore funzionalità è necessaria da parte degli uffici e servizi, sia dal punto di vista organizzativo che da parte dei singoli specifici responsabili. Se noi guardiamo il bilancio sotto questo aspetto, dal mio punto di vista, anziché essere quello

che era stato denunciato dal Presidente della Giunta come "bilancio ideale", lo vorrei quasi definire una specie di caos, un elenco caotico di cose che si dovrebbero fare ma che non si sa se si potranno fare, o comunque, cose che si faranno sotto il segno della improvvisazione. Se non ci fosse altra testimonianza a favore di questa mia tesi, c'è l'elenco dei residui passivi che ne danno una dimostrazione assai chiara. Detto questo vorrei aggiungere qualche altra modesta osservazione a proposito della relazione degli Assessori. Da queste relazioni ho desunto quell'impressione di non legame esistente fra i vari Assessorati, la mancanza di coordinamento, perché quando noi prendiamo in mano la relazione dell'Assessore all'agricoltura, la relazione dell'Assessore ai lavori pubblici, bisogna effettivamente riconoscere che le loro attività sono tipiche rappresentanti di questo slegamento, di questa mancanza di coordinamento; altrimenti, sarebbe impossibile che gli Assessori facessero certe dichiarazioni che si leggono nelle loro relazioni. A pagina 13 dell'Assessorato all'agricoltura abbiamo letto per i corsi professionali agricoli che si lamenta l'inconveniente dell'abbandono del lavoro da parte degli insegnanti per ricercare un posto più remunerativo e si auspica di poter disporre di insegnanti con impiego normale. Lo stesso Assessorato rileva l'inconveniente derivante dalla istituzione di corsi mobili e si ripromette di costituire dei corsi fissi. Non parliamo dell'Assessorato ai lavori pubblici la cui relazione è un'accorata invocazione, una vera e propria lamentanza di mezzi. Si pone l'accento sui danni causati da alluvioni e da frane, sui lavori più urgenti di sistemazione stradale ecc. Questi esempi, secondo me, investono sì l'Assessorato all'agricoltura e rispettivamente ai lavori pubblici, ma interessano evidentemente tutto il complesso dell'amministrazione e sono la denuncia, palese e legittima di una certa disorganizzazione, di un certo slegame di cui parlavo poc'anzi, di mancanza di coordinamento; perché, se così non fosse, si sarebbe trovato il modo di eliminare le spese superflue e di rispondere maggiormente alle esigenze espresse dagli Assessorati. Invece si è ricorsi al solito sistema, a quello vecchio di 8 anni, in uso nella Provincia di Trento e di Bolzano e nella Regione, cioè, di suddividere i fondi in maniera proporzionale sulle singole persone, sui singoli Assessorati, senza tenere conto dei maggiori o minori bisogni degli Assessorati, dei maggiori o minori oneri, dei maggiori o minori obblighi degli Assessorati stessi. Non si dovrebbe fare una ripartizione proporzionale delle entrate, secondo me, ma si dovrebbe operare su programmi precisi di opere che si devono realizzare, dando la precedenza ad opere urgenti ed importanti di carattere pubblico e sociale, per poi scendere alla minutaglia, alle varie spese più o meno superflue e facoltative. Non capisco perché questo non si faccia; si dovrebbe farlo e ci sarebbero tutti i presupposti per farlo. Noi sappiamo che il bilancio della

Provincia di Bolzano è un bilancio notevole; gli articoli 67 e 68 dello Statuto ci danno i nove decimi che sono quelli che permettono alla Provincia di avere un bilancio consistente, un bilancio che nessun'altra Provincia d'Italia si sogna di avere. Infatti le cifre che voi stessi denunciate, ci confermano che il gettito dei nove decimi che è concesso dallo Stato a favore della Provincia è salito da 486 milioni del 1949 ai 1.280 milioni del 1956. Questa è indiscutibilmente l'entrata fondamentale, siccome si tratta di denaro dei contribuenti di lingua italiana e di lingua tedesca, prescindendo da colore, lingua, razza o altro, questa entrata richiederebbe un programma preciso, un programma che rispondesse alle necessità, ai bisogni e non concedesse di ricorrere al sistema della ripartizione più o meno pacifica, soddisfacente le varie esigenze delle singole persone che rappresentano i seggi che occupano. Fatte queste osservazioni di ordine generale dirò che contrariamente all'affermazione del Presidente della Giunta il bilancio 1956 è né più né meno la enumerazione ricalcata dei capitoli dell'anno scorso, senza nessuna novità di impostazione, con le stesse lacune che abbiamo notato e rilevato negli esercizi scorsi. Ora pochissime parole relativamente all'ordinamento del personale e degli uffici. Problema cruciale, lo sappiamo tutti; è un problema che è sul tappeto dal 1949 ad oggi e non sono io ad attendere la soluzione, ma sono 300 persone che lavorano negli uffici della Provincia e che hanno diritto che questo problema sia definitivamente risolto. E' stato presentato un progetto di legge, la Commissione ha iniziato i suoi lavori e dopo 5 o 6 sedute, salvo errori, si è riusciti ad esaminare una decina di articoli, lasciando qualcuno in sospeso, con molte incertezze per qualche altro; lavoro veramente improbo perché richiede un adattamento ai nuovi decreti delegati, perché in sostanza il progetto presentato dalla Giunta ha bisogno di essere completamente aggiornato, se non rifatto sulla scorta dei nuovi dati che abbiamo in campo nazionale. La Commissione lavora ancora; naturalmente, nessuno si illuda, perché il lavoro della Commissione sarà lungo e penoso. Nessuno si illuda sulle risultanze e sulla conclusione di quel progetto di legge, perché sono convintissimo, che, con certe clausole di ordine politico che sono state introdotte, quel progetto è destinato a ritornare sui nostri banchi e fare un laboriosissimo iter di andata e ritorno da Roma, finché, forse, finirà anche nelle mani della Corte costituzionale per la definitiva soluzione del problema. Voglio spendere una parola per quella che è stata l'iniziativa consiliare, che come al solito per buona norma e prassi, ma soprattutto per educazione, vorrebbe che un progetto di legge di iniziativa consiliare fosse esaminato contemporaneamente a quella della Giunta, direi quasi precedentemente, e se viene respinto si passi all'altro; non è stato degnato di uno sguardo. Solo il sindacalista di un sin-

dacato che, se non vado errato, rappresenta 8 o 9 aderenti in seno alla Provincia, si è peritato di scrivere...

MITOLO (M.S.I.): Chi te l'ha detto?

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Lo sappiamo, sono 8 o 9!

MITOLO (M.S.I.): Sono 26 se vuoi saperlo. E' aumentato, e non è la CISNAL, è indipendente!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non lo so, so solo che un sindacalista mi ha scritto una lettera inviandomi le sue osservazioni al progetto della Giunta dopo che si era iniziata la discussione ed in questa lettera ha dichiarato che lui non concorda con la tesi del consigliere Molognoni, perché il problema è della massima urgenza e non va risolto in sede provvisoria come avevo proposto attraverso il mio progetto di legge. Ringrazio questo sindacalista, lo ringrazio pubblicamente, perché è stato lo unico che veramente ha detto qualche cosa. Apprezzo chi dice che dissente, almeno so che cosa pensa, a parte il fatto che in quella lettera aveva messo fra due virgolette, "per tacere del resto,,"; una cosa che dapprima mi aveva sorpreso, ma poi ho visto che era un inciso abituale, che ritorna spesso lungo le osservazioni fatte; ripeto che gli sono grato perché in sostanza mi ha detto qualche cosa. Indubbiamente anche lui come altri non ha capito lo spirito che mi animò nel momento in cui ho presentato il progetto di legge. Dice che non concorda con Molognoni perché il progetto è della massima urgenza e deve essere esaminato in via definitiva. Anche io sono d'accordo che la soluzione migliore sarebbe quella che il regolamento del personale andasse in porto in via definitiva, ma sono convinto, altrettanto convinto che noi facciamo uno sforzo vano e che gli amici impiegati della Provincia, i 330 della Provincia, 30 appartenenti ad un sindacato e 300 appartenenti all'altro sindacato, aspetteranno per anni ancora. Non vorrei essere buon profeta! Se avevo presentato quel progetto provvisorio era proprio per evitare questo fatto; forse il tempo mi darà ragione. Proprio per evitare questo, perché con il progetto provvisorio, com'è avvenuto per la Provincia di Trento, si poteva sistemare le posizioni precarie della gran parte del personale della Provincia, dei 300 impiegati, e sistemando quelli, sistemare molte cose. Anzitutto il coordinamento ed il funzionamento dell'amministrazione; poi si poteva tranquillamente lavorare al progetto definitivo. Perché la Provincia di Trento è ricorsa a questo sistema? E' stato proprio per questo; la Provincia di Trento ha raggiunto lo scopo sistemando il suo personale, mentre noi siamo qui ancora e non abbiamo nessunissima idea di quando e come lo sistemiamo. Questo era lo spirito che mi animava e, non vorrei dire delle cose forse inesatte, ma mi è giunta notizia attraverso le dichiarazioni fatte dal dr. Manara, abbastanza addentro alla materia: pare che lo Assessorato competente abbia intenzione di fare una leg-

ge stralcio, stralciare cioè gli articoli relativi alla sistemazione del personale ed approvare quelli in fretta, e dirimere così la questione più pressante. Vi dico subito che sarei lieto e felice se si giungesse a questa soluzione del problema perché in questo modo lo si risolverebbe ed in questo modo verreste a dare ragione alla mia tesi. Non mi importa niente se non l'avete esaminato quel progetto purché voi facciate questa legge stralcio e risolviatelo il problema, che chiede di essere risolto. Dico anche due parole sulla scuola; ancora in segno di lutto per l'assenza dell'Assessore Mayr, che come sappiamo ha avuto un incidente automobilistico ed al quale vorrei inviare a nome di tutti, il cordoglio ed i...

MITOLO (M.S.I.): Sincero!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): ... sinceri auguri di una pronta guarigione. Data la sua assenza non vorrei tagliargli i panni addosso e poi, della scuola ho parlato anche troppo; e se altri ne vuole parlare a me farà piacere! E' un problema che ormai è troppo chiaro nella sua impostazione e in tutti i suoi dettagli per ritornare su di esso; non c'è bisogno. Volevo solo dire una cosa, questa: il capitolo relativo al Provveditorato agli Studi, di grazia, non esiste più, dov'è andato a finire? L'anno scorso sotto la pressione della scoperta dell'avanzo di amministrazione, avete inserito, non ricordo più, un certo numero di milioni per la progettazione. Si sono iniziate le consultazioni da parte del Provveditorato studi con i competenti organi tecnici per il progetto, scelto il posto ed improvvisamente è scomparso. Sapete dire perché è scomparso?

PUPP (Presidente della Giunta - S.V.P.): Sì!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Avete cambiato idea, non avete più nessuna intenzione di costruirlo? E' così, o aspettate forse dalle norme di attuazione, la divisione fra le due scuole, per fare due Provveditorati?

PUPP (Presidente della Giunta - S.V.P.): Ecco, proprio così!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ad ogni modo attendo la risposta da parte del Presidente o possibilmente da parte dell'Assessore alle Finanze. Ancora poche parole per quanto riguarda l'edilizia popolare. Siamo in attesa della legge che stamane abbiamo inserito all'ordine del giorno; penso che comparirà presto per la discussione e speriamo sia migliorata in senso veramente positivo, non solo nella forma relativamente alla presentazione delle domande, ma piuttosto nei suoi riflessi economici, nella consistenza di essi e nella sfera più ampia di azione. Ma a proposito di edilizia popolare vorrei segnalare una situazione che mi è stata denunciata in un piccolo centro della Provincia. Situazione però che non è del tutto nuova e che in forma analoga si verifica anche in altri centri della Provincia. L'Istituto INA case ha stan-

ziato 15 milioni per la costruzione di un edificio di abitazione nel Comune di Campo di Trens; bella cosa apprezzabilissima di fronte alla quale tutti dovremmo metterci in moto, dal momento che i milioni ci sono, per costruire la casa. Il dovere è di metterci al lavoro. Invece avviene tutt'altra cosa, avviene tutto il contrario, avviene che non si trova assolutamente il terreno; il Comune non ne ha e cominciamo a scusarlo, perché se non lo ha non lo può creare; ci sono i capi frazione, per quanto concerne le amministrazioni separate, che lo hanno, ma non lo danno, si rifiutano di darlo. In sostanza ci sono i 15 milioni che attendono di essere impiegati, ci sono sei famiglie che avrebbero potuto aspirare ad avere la loro casa, famiglie che vivono in condizioni del tutto precarie, nei tuguri, nei sotto scala, ma c'è una specie di volontà precisa di non trovare il terreno, di non concedere questo terreno. Penso a questo punto che la Provincia avrebbe il compito di intervenire, in sede di tutela o altro; non so dire in quale forma e modo, ma dovrebbe intervenire a smuovere, per fare che queste discriminazioni non avvengano, perché depongono certamente a sfavore della Provincia tutta e soprattutto dello spirito che anima i cittadini della Provincia. E' un fatto che caldeggio presso il Presidente della Provincia, perché si voglia interessare di questo problema e voglia venire in aiuto di questa gente. Riassumo quindi, in due parole sole, quelle che sono le osservazioni tirando le somme. Anzitutto vorrei vedere lo assottigliamento delle spese facoltative; ci sono spese che non si fanno, ma che rientrano di prammatica nel bilancio, che si ripetono di anno in anno e non hanno nessuna consistenza, nessun carattere soprattutto di necessità; quindi, vorrei vedere questo assottigliamento, vorrei vedere i 186 capitoli del bilancio ridursi un po' e non ritepersi sistematicamente come si ripetono; perché questo dà un senso di incuria, di non voler fare, per lo meno di affrontare le cose così, con poca serietà e poco impegno. Vorrei vedere un esame accurato dei residui attivi e passivi, particolarmente per quanto riguarda i passivi, stralciando da queste somme, destinate a spese di dubbia esecuzione, quelle spese che si ripetono per incuria o per memoria; stralciare, tagliare e ridurre la consistenza dei loro capitoli o articoli di bilancio. Poi, direi anche di soprassedere alla contrazione del mutuo, eliminando le somme e le spese da fronteggiare con il mutuo, e, dopo questa eliminazione, — non voglio eliminare tutto — dopo l'eliminazione dei residui passivi dubbi e l'accertamento dell'avanzo di amministrazione che ci sarà e sarà naturalmente di una certa consistenza, destinare questo avanzo in sostituzione del mutuo alle spese che avete intenzione di fare. Il mutuo non sarà più di 570 milioni, ma si tratterà di un mutuo meno consistente ed impegnativo. Finalmente vorrei che si potesse imporre ad ogni Assessorato di svolgere nell'esercizio del mandato la maggior parte del

programma che mette in cantiere, utilizzando i fondi che sono stati destinati e che non venisse decurtato questo programma e lasciato, gran parte magari, incompiuto. Come ultima raccomandazione, che il bilancio di previsione potesse essere discusso in tempo utile, e per tempo utile intendo il mese di dicembre. Scusi Presidente, ho detto in partenza che non mi sento bene — chiedo che parli un altro prima di passare alla seconda parte del mio intervento, alla parte politica.

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Dinanzi all'ultimo bilancio di questo quadriennio ci può essere qualche cittadino illuso, che si attende da questo ultimo bilancio per lo meno uno sprint da parte della Giunta Provinciale per concludere nel miglior modo l'attuale legislatura. Ma pur facendo un'indagine accurata nelle pieghe di questo bilancio, non credo che si debba modificare il giudizio espresso specialmente nello scorso anno, giudizio in complesso negativo sul bilancio e sull'attività dell'Amministrazione Provinciale. Io sono ben convinto che questi discorsi, come diceva il collega Molignoni, siano discorsi che si sopportano, che si tollerano, perché probabilmente il regolamento ancora non è stato cambiato, aspettiamo anzi la prossima nomina di un Presidente del Consiglio Provinciale appartenente al partito democristiano perché in quell'occasione penso che si potrà anche modificare in questo senso il regolamento e magari mettere ogni tanto la museruola all'opposizione, ma comunque anche se questi discorsi possono essere tollerati, permettete che vengano fatti. Perché è una modesta soddisfazione che può rimanere a noi consiglieri dell'opposizione, sarebbero quasi le briciole che scendono inavvertitamente dalla tavola del ricco Epulone banchettante. Come dicevo prima, il giudizio espresso l'anno scorso non credo che possa essere cambiato di molto. Mi rifaccio particolarmente alla affermazione del consigliere Dietl, fatta nello scorso anno, che diceva così:

“Una critica in senso positivo la potremmo senz'altro accettare,, rifacendosi alle critiche svolte dall'opposizione. “Io vorrei vivamente pregare la Giunta Provinciale di prepararsi alla discussione del prossimo bilancio in questo senso. Da parte di parecchi consiglieri è stata lamentata la insufficiente attività culturale e la insufficiente cura della stessa. A questo scopo sono messi a disposizione relativamente pochi mezzi. Noi abbiamo qui una chiara illustrazione dello Statuto e delle nostre competenze e considerando la nostra situazione e il fatto che siamo una minoranza, che siamo lasciati a noi stessi, considerando che attribuiamo la massima importanza alle nostre esigenze ed aspirazioni in generale, dobbiamo fare per l'avvenire molto di più di quello che abbiamo fatto sinora; e questo lo possiamo fare tanto più in quanto anche l'opposizione ha constatato l'insufficiente attività in questo settore,,

Se ho ben compreso le affermazioni del consigliere Dietl in merito ai problemi culturali ed in merito alle aspirazioni generali, era un po' condivisa, per lo meno nello spirito, la critica svolta accuratamente l'anno scorso sulla base di un esame dello Statuto e delle competenze della Provincia e dell'attività svolta dal 1948 sino allora dalla nostra Amministrazione Provinciale. Il cons. Dietl nello spirito condivideva, mi pare, la necessità posta dall'opposizione di fare più leggi, di operare di più e meglio nel campo legislativo per sviluppare di più l'autonomia nella nostra Provincia e per attuare quindi più e meglio lo Statuto. Che cosa è cambiato dall'anno scorso?! Non starò qui a rifare il discorso che ho fatto l'anno scorso, mi pare comunque che l'immobilismo denunciato allora, certamente non è smosso di molto, anche se qualche atto dell'attuale Giunta Provinciale può lasciare intravedere qualche migliore iniziativa in confronto degli anni passati. Ma rimane fundamentalmente questa questione; noi stiamo per finire la legislatura ed ancora una serie di disegni di legge di grande importanza sono da varare; mi riferisco alla legge relativa alla pianta organica del personale, sulla quale si è intrattenuto Molignoni, mi riferisco alla legge sull'urbanistica e piani regolatori, di enorme importanza per la nostra provincia, mi riferisco alla legge sugli usi civici. Tre leggi che avrebbero dovuto diventare 3 leggi cardini di questa legislatura e che sono un po' come le leggi miraggio. Ogni tanto ci sembra di essere arrivati a concludere qualche cosa, di avere in mano un testo definitivo, un disegno di legge da passare all'esame e alla discussione e dopo questo disegno di legge scompare. Leggiamo sui giornali che sta per arrivare in discussione il disegno di legge sull'urbanistica e sui piani regolatori, sentiamo le alte parole di un noto ingegnere di Bolzano, leggiamo i suoi articoli sull'“Alto Adige,, cerchiamo questo disegno di legge... non c'è. Pnnto Interrogativo? Però presto arriverà! Quando sembra che questo “presto,, arrivi, si sta riesaminando, si sta consultando i tecnici, “ma vedrà che fra un mese ci sarà,,; si aspetta un mese e c'è ancora qualche cosa da fare! Questo è da un anno!

PUPP (Presidente della Giunta - S.V.P.): E' già in Consiglio!

NARDIN (Segretario - P.C.I.): Io ho ancora da vederlo, però. Lo stesso per quanto riguarda l'organico, a parte le assicurazioni date anni fa alla Corte dei Conti, che entro l'anno sarebbe stato provveduto al riguardo. Abbiamo avuto in mano un testo, ci siamo messi a discuterlo e ad esaminarlo, e adesso sembra che il testo sia stato ritirato in un primo tempo per essere riesaminato, poi è stato dato alla Commissione, la quale adesso ha posto questo argomento in seconda linea perché c'era prima da esaminare la legge per la tutela del paesaggio, perché così ha voluto qualcuno, e anche questo ve-

dremo quando arriva in discussione! Sugli usi civici — per carità di Patria — non ne parlo nemmeno! Se rileggo i verbali del Consiglio Provinciale e le assicurazioni del caro Assessore Brugger, mi raccomando che questo “caro., non sia interpretato malevolmente, data una certa campagna politica nei confronti dell'Assessore Brugger, perché fu prigioniero nell'Unione Sovietica, mi raccomando! Se rileggo le assicurazioni dell'Assessore Brugger ci devo ridere, perché per quanto riguarda questa materia di grande importanza per gli interessi dei Comuni e dei contadini delle nostre vallate, siamo ancora nella completa nebulosa! Ho ricordato questi 3 problemi perché si tratta di tre problemi che in questa legislatura avrebbero dovuto essere affrontati e risolti stante le dichiarazioni fatte ancora all'inizio di questa legislatura dai responsabili amministrativi della nostra Amministrazione Provinciale. Quindi mi pare che grosso modo si possa convenire che, per quanto si possa intravedere qualche spiraglio di coraggio, di maggiore ardimento nell'utilizzazione dei quattrini, e anche nel fare qualche debito, buona parte dell'immobilismo che ha caratterizzato l'attività dell'amministrazione provinciale di Bolzano, non sia rimasta. Comunque, io mi permetterò di inquadrare questo bilancio nella situazione generale nella quale noi ci troviamo ad operare in Alto Adige; situazione che in questo momento per lo meno è dominata dalle prossime elezioni amministrative e dalle prossime consultazioni regionali, ragione per cui certi uomini e partiti cercheranno di fare il diavolo a quattro per cercare di presentarsi di fronte all'elettorato in una determinata veste di uomini difensori intransigenti di certi interessi e di determinati principi in maniera da poter convogliare su se stessi e sulle proprie liste il maggior numero di voti possibile. Ci sarà addirittura chi in queste due prossime consultazioni elettorali cercherà di rifarsi delle verginità abbondantemente e più volte perdute. Comunque mi pare che questa situazione sia caratterizzata da alcuni tratti molto elementari e molto semplici, che pongono anzitutto il partito della “Volkspartei., che qui detiene la maggioranza, su un piano nel quale anche recentemente ha riaffermato la sua intransigenza dinanzi ad alcuni dei principali problemi politici, economici e sociali che esistono nella nostra Provincia. La mozione della “Volkspartei., espressa dall'ultimo congresso del partito sudtirolese, è una chiara indicazione al riguardo. Vale a dire che la “Volkspartei., in una situazione resa abbastanza grave dal malcontento generale che esiste non soltanto in Alto Adige, ma in tutto il paese per l'aggravarsi della situazione economica e sociale particolarmente ed anche sotto certi aspetti per l'aggravarsi della situazione politica, in questa situazione la “Volkspartei., che in questi anni naturalmente ha dimostrato di essere corresponsabile unitamente al partito della “Democrazia Cristiana., dello sviluppo negativo di questa situazione, naturalmente

oggi cerca di presentarsi di fronte al popolo sudtirolese nella veste di quel partito che è stufo di quanto è avvenuto, che batte i pugni sul tavolo, che si dimostra intransigente difensore dei diritti e dei principi di difesa dei sudtirolesi, e quindi attraverso questo slogan e questi argomenti contenuti in parte nella mozione votata al congresso, cerca naturalmente di recuperare quel malcontento che essa stessa ha contribuito a creare con la sua politica, unitamente al confratello D.C. Quindi essendo, come dicevo prima, questa situazione dominata da queste due prossime consultazioni elettorali, dove il cittadino anche sudtirolese va a deporre la sua scheda nell'urna dopo averci fatto un certo segno sulla scheda, è evidente che la “Volkspartei., preoccupata di ciò si presenta oggi in questa veste e ribadisce temi, che essa stessa è convinta che siano temi ormai un po' troppo sfruttati e che forse varrebbe la pena di elaborare in un'altra maniera! La “Democrazia Cristiana., naturalmente, specialmente in questo momento, finge di fare l'opposizione al partito con il quale da tanti anni convive e va a braccetto; parla di matrimonio di convenienza, ma pazienza dicesse che è solo un matrimonio di convenienza, e se essa è il marito la moglie dovrebbe essere la S.V.P., e non so se sia giusto vedere il matrimonio come lo vede politicamente la D.C., nel senso che anzitutto denuncia che il suo matrimonio è un matrimonio di convenienza e tratta a sberle in faccia la propria consorte, ma addirittura oggi è scesa sul piano di denunciare di adulterio la propria consorte, tanto è vero che nella intervista del segretario provinciale della D.C. Finato, che io definisco comunque un prezioso contributo alla storia dell'umorismo locale e nazionale, in questa intervista il segretario provinciale della D.C. accusa una parte della “Volkspartei., di collusione con Mosca, di collusione con i dirigenti comunisti; tanto è vero che Nardin al Consiglio Provinciale, da quando c'è stato quell'incontro Bulganin-Raab, ha sempre votato per le tesi oltranziste della S.V.P. Non pretendo che il segretario della D.C. altoatesina sappia leggere l'italiano, ma però l'invito a farsi leggere da qualcuno del suo partito, che certamente bene leggere sa, i verbali del Consiglio Provinciale dopo il famoso incontro Bulganin-Raab e troverà delle campane stonate nei confronti del suo partito, ma anche delle chiare e severe critiche, anche se accolte con il solito sorrisetto di chi si sente troppo forte, nei riguardi della “Volkspartei.,. Quindi, se di collusione si deve parlare, parlando della Democrazia Cristiana si deve parlare di collusione! Ed è inutile questo tentativo di deviare l'attenzione pubblica da quelle che sono le reali responsabilità di questo partito che sempre ha marciato insieme alla “Volkspartei., condividendone gli oneri ma anche gli onori, e soprattutto gli onori! Semmai si scalmana il partito della Democrazia Cristiana contro la “Volkspartei., quando qualcuno della “Volkspartei., con il suo coltello e forchetta, bene affilati, cerca di ta-

gliare qualche fetta dalla torta della "Democrazia Cristiana,, come del resto qualcuno si scalmana contro la "Democrazia Cristiana,, quando qualche forchettone cerca di tagliare un pezzo o fetta dalla torta della "Volkspartei,, stessa. Quindi è chiaro che nel gioco dei ladri di Pisa fra i due partiti si inseriscono tutti quegli elementi nazionalisti dell'uno e dell'altro campo, che cercano di sfruttare la situazione a loro vantaggio. C'è il partito del cons. Mitolo, c'è il partito del cons. Molognoni, ci sono elementi più o meno indipendenti federalisti, (adesso è saltato fuori anche il movimento autonomista regionale), c'è il partito liberale, il partito repubblicano e così via, che ogni tanto in questo can can che viene mosso o per l'uno o per l'altro pretesto, cercano di sfruttare più o meno ad arte la situazione, ognuno presentandosi come il difensore più sincero e genuino degli interessi dell'uno o dell'altro gruppo linguistico. Qui c'è da chiedersi questo: continuando questo dialogo, per non dire questa disputa, questo duello a vicenda, a quale situazione si arriverà? L'abbiamo detto più di una volta in sede regionale e anche qui. Ognuno ha i propri principi, le proprie ideologie, ognuno ha determinati interessi, ma se tutti quanti non si arriva, per lo meno quei partiti che bene o male si richiamano all'autonomia, a lasciare qualche cosa del proprio bagaglio ideologico o politico o altro, a dire: cerchiamo di elaborare un programma attorno al quale fare andare avanti questa situazione, cioè mettiamoci d'accordo per lo meno su alcuni problemi, e sinceramente cerchiamo di lavorare uniti, italiani, sudtirolesi e ladini, perché questi problemi siano affrontati e risolti, se non si arriverà a creare una situazione di questo genere, indubbiamente la situazione non potrà altro che peggiorare, e questo non sembra essere tanto lontano dalla politica che facciamo qui e dall'amministrazione che facciamo qui, perché tutti i nostri atti sono condizionati da questa situazione negativa o positiva, a secondo come essa si presenti. Non so se ad esempio sul problema della scuola ed in merito a certi settori, visto che le dispute che ci sono state finora, non hanno portato a nulla di fatto, ma solo a creare una maggiore tensione nel settore della scuola ed in altri settori, se non convenga cercare di esaminare per il futuro, se non una linea ideale, per lo meno una piattaforma che possa almeno parzialmente accontentare gli uni e gli altri, ma sulla quale si possa creare un certo accordo. E così per quanto riguarda l'impegno per attuare lo Statuto di autonomia. Io non sono qui per dire: "c'è lo Statuto che dice questo, in un anno o in due anni si deve attuare completamente lo Statuto,,. Sarebbe balordo sostenere una cosa di questo genere, però almeno per determinate facoltà contenute nello Statuto, sia in campo regionale che provinciale, si potrebbe, attraverso certi accordi, che si possono prendere con gli organi governativi, chiedere la pronta emanazione di adeguate norme di attuazione. Io credo che qualche cosa del ge-

nere si potrebbe realizzare, se c'è della buona volontà. Si è parlato tanto in questi ultimi anni qui in Consiglio Provinciale di questa famosa Università che si potrebbe fare in Alto Adige. Bene, se si ritiene che questa sia una cosa giusta, basta con le discussioni accademiche, cerchiamo di realizzare un'iniziativa di comune accordo per vedere come si potrebbe impostare un problema di questo genere, come discutere la questione anche con gli organi di governo che sono tra l'altro i maggiori interessati anche dal punto di vista finanziario. E cerchiamo non soltanto di discuterne così quando ci capita più o meno accademicamente, ma cerchiamo di vedere se questo problema, che secondo me può veramente andare incontro a certe esigenze degli studenti sudtirolesi, ed anche di quegli italiani, non possa essere avviato per lo meno ad uno studio più preciso e quindi nel futuro ad una soluzione. Si parla tante volte di bilinguità negli uffici e si pretenderebbe che i funzionari italiani negli uffici dovessero prendere la valigia ed andarsene per far posto ad altrettanti funzionari di lingua tedesca; questo è assurdo! Vediamo invece se non è possibile sostenere di comune accordo e non tanto in memoriali di parte, quanto in un'azione comune, per lo meno fra la maggioranza delle forze che si richiamano all'istituto autonomistico locale, l'istituzione di concorsi speciali per i sudtirolesi in Alto Adige da immetterli nelle amministrazioni statali e parastatali, e non c'è pericolo di sovra affollare questi uffici perché tutti gli uffici statali hanno bisogno di nuovo personale. Quindi entreranno in questi uffici e potranno avviarsi verso determinate carriere, soprattutto essi, che conoscono l'italiano ed il tedesco, porteranno un contributo alla soluzione del problema della bilinguità. Ma non pensare che il problema della bilinguità e della immissione negli uffici debba essere il foglio di via obbligatorio per un certo numero di funzionari, questo no, ma invece istituire concorsi speciali che portino i sudtirolesi negli uffici statali e parastatali. E affermando questo non credo di essere un anti italiano, affermare questo, credo, che sia per lo meno giusto, sia semplicemente riconoscere un elementare diritto particolare a questa popolazione dell'Alto Adige che si trova con noi italiani in una situazione particolare dal 1945 ad oggi per non parlare di prima. Ci si lamenta tanto dell'impossibilità degli enti locali e comunali di poter assolvere ai loro compiti, di poter svolgere una sana politica in favore delle popolazioni; ebbene, perché non si potrebbe trovare un buon accordo incominciando con una legge, che è anche una legge miraggio, sull'ordinamento dei Comuni, alla Regione, che modificherà in parte la legge comunale e provinciale, molto anacronistica sotto diversi aspetti, perché non incominciamo con l'impegnarci a rendere il più democratica possibile questa legge, onde consentire una migliore democratica autonomia agli enti locali, e soprattutto, credo, che un accordo si potrebbe non soltanto sperare, ma concorda-

re per lo meno su un programma di maggiore apertura economica-sociale in Alto Adige, nel senso che alcuni dei problemi che più gravano nella situazione altoatesina potrebbero essere affrontati e risolti non dalla amministrazione provinciale, ma vedendo gli uomini dell'amministrazione provinciale, i dirigenti politici dell'uno e dell'altro del campo etnico muoversi per stimolare iniziative, per coordinare iniziative al fine di avviare allo studio e alla soluzione alcuni dei problemi che possono essere quelli delle abitazioni, e guardate che a questo riguardo, rifacendomi a quanto diceva Molignoni, non per fare del nazionalismo, ma neanche lui ne ha fatto, ma la credenza che esiste in molti settori del mondo sudtirolese, che facendo case si favorisce solo un gruppo linguistico, credo che sia errata. Non c'è solo la INA casa, c'è anche l'Istituto per le Case popolari, dove credo che si possano ottenere una migliore salvaguardia degli interessi dei senza tetto di lingua tedesca, ma ci sono anche altre vie per costruire case popolari, perché dobbiamo partire dal fatto che il problema della casa non riguarda solo gli italiani...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ho detto tedeschi, italiani e ladini!

NARDIN (Segretario - P.C.I.): ...ma riguarda anche molte centinaia, per non parlare di migliaia, di famiglie sudtirolesi che vivono male, che vivono nelle cantine, che vivono in baracche, in locali angusti e malsani, ed è giusto che anche loro abbiano la casa. Quindi il problema della casa non si può vedere sotto un profilo etnico dall'una e dall'altra parte, ma sotto un comune aspetto che è rappresentato dalla necessità di finalmente avviare alla soluzione questo problema, stante la situazione gravissima che esiste per lo meno in alcuni Comuni della nostra Provincia. E da qui, dal nostro Consiglio Provinciale, dalla nostra Giunta Provinciale, dai dirigenti politici che fanno parte di questo Consiglio, da noi può partire effettivamente un nuovo indirizzo per il futuro e così pure per altri problemi, per quanto riguarda anche la difesa dell'industria, anche se c'è qualche stabilimento che occupa in maggioranza lavoratori di lingua italiana, ma che non può non preoccupare anche noi. Il problema della Lancia non è un problema che riguarda soltanto i cittadini di lingua italiana di Bolzano e provincia. Credo che la vita o meno di questo stabilimento sia un problema che riguarda tutta l'economia di una città e di una provincia, specialmente trattandosi di uno stabilimento come questo. Come il problema della crisi di certi stabilimenti piccoli o medi appartenenti al capitale sudtirolese, che occupano in maggioranza operai, tecnici ed impiegati di lingua tedesca, è un problema che non riguarda solo il gruppo etnico di lingua tedesca. C'è il problema della montagna, l'azione affinché la legge N. 959 dei sovracani elettrici entri in attuazione concreta, perché ai Comuni vengano dati i

milioni, le centinaia di milioni loro dovuti, perché in questa maniera i nostri Comuni potranno costruire opere pubbliche e la Regione e la Provincia saranno sgravate dalla necessità di certi contributi che potranno dirottare in altri settori i loro milioni. C'è soprattutto il problema dell'assistenza, che specialmente in questi anni ho potuto constatare come sia uno dei problemi più gravi che esistono, ed anche il meno appariscente molte volte, e non è vero, è una favola che solo gli italiani hanno bisogno di assistenza. Forse a Bolzano si vedranno più italiani che hanno bisogno di assistenza, perché c'è la prevalenza dei cittadini di lingua italiana, ma andate negli altri Comuni, dove molte volte una famiglia che ha fame, tante volte non lo dice, e quanti bambini mangiano male e poco, o saltano i pasti e non lo dicono a nessuno, neanche ai maestri quando vanno a scuola. Quanti genitori si trovano in queste condizioni e stanno zitti e questo silenzio, come dico, può indurre qualcuno a valutare in modo errato la situazione. Ma io ho visto nei Comuni dell'Alto Adige tante famiglie di cittadini di lingua tedesca e anche di lingua italiana che veramente hanno bisogno ed ho potuto constatare, con cifre alla mano, come gli Enti comunali di assistenza, come le amministrazioni comunali o facciano poco o possano far poco, o qualche volta anche si disinteressino un po' di queste questioni. Specialmente se penso all'assistenza scolastica all'infanzia, a come poco vengono attuate le iniziative civili e moderne in molti Comuni dell'Alto Adige. Non posso non porre questo problema dell'assistenza ai bisognosi ed all'infanzia in generale come fra i problemi più seri, che sta accanto a quello della casa ed a quello della ricerca di possibilità di lavoro per uomini e donne che lavorano saltuariamente nel corso di un anno o che sono addirittura disoccupati. Altrettanto per quanto riguarda il piano per combattere le principali malattie speciali. Io credo che questi punti potrebbero fare un po' da cardine di un certo programma economico sociale sul quale non vedo perché i dirigenti della "Volkspartei", non possano trovarsi d'accordo con i dirigenti della "Democrazia Cristiana", del partito comunista, dei socialdemocratici e di altre formazioni politiche; non vedo perché da parte dell'amministrazione provinciale ed anche in sede regionale attorno ad un programma economico sociale che sia basato su questi cardini e su qualche altro problema, non si possa trovare una linea di condotta comune per cercare di unificare gli sforzi e le attività, per cercare veramente di far avanzare tutta questa situazione che è purtroppo molto stagnante, e basta guardare la situazione economica generale dell'Alto Adige per accorgersi che si va indietro e non avanti. Hanno un bel raccontare — i Ministri del Tesoro ogni volta che cambiano sedia e che vanno al Parlamento a fare le relazioni — che si va avanti! Sì, qualcuno va bene avanti, probabilmente cominciando dal Ministro del Tesoro,

vanno bene avanti diversi in Italia, quelli che ammonticchiano i profitti, ma vediamo i piccoli e medi come vanno avanti, vediamo i protesti cambiarsi ed i fallimenti, vediamo come le tasse aumentano e come aumenta il caro vita, vediamo come aumentano i salari, ed allora ci accorgiamo con poche cifre, che la situazione va lentamente, ma inesorabilmente peggiorando e che bisogna affrontare questa situazione con ben altri sistemi se si vuole per lo meno contribuire a non farla andare in porto troppo velocemente indietro. E' da anni che sappiamo che la lira non slitta, trovatemi il discorso di un Ministro che dica che la lira non è rimasta ferma nel suo valore; dal 1948 ad oggi ho sempre sentito che la lira è salda per il suo valore, che la lira non slitta. Parlare di slittare è ancora un eufemismo! Se confrontiamo questa situazione, si tratta di altro che di slittare, si tratta di rotolare come le valanghe in certi casi, altro che slittare! E così pure sotto certi aspetti la situazione economica non di tutti, di alcuni cittadini dei ceti popolari in particolare modo. Quindi io credo che su certe questioni politiche, su determinate questioni amministrative e legislative, per quanto riguarda l'azione da condurre e da compiere in certi settori, si possa trovare e si debba trovare un certo accordo. Così pure per quanto riguarda il problema economico-sociale nel senso di affrontare per lo meno alcuni dei problemi che gravano sulla vita e sull'esistenza di cittadini di lingua italiana e di lingua tedesca nella nostra provincia. Quindi, perché non si può trovare una linea di contatto, di comprensione e di accordo a questo riguardo, e non per fare tutto da noi come amministrazione provinciale, perché sappiamo che le nostre forze sono modeste, ma noi possiamo fare molto per far anche operare altri sotto il profilo dell'azione nei riguardi del Governo, della Regione, degli enti locali dell'Alto Adige, sotto il profilo dello stimolo che si può dare ad enti ed associazioni diverse, per cercare appunto di affrontare meglio questa situazione e per farla marciare in avanti e non regredire. Ma questo ha bisogno di una pregiudiziale, la pregiudiziale cari amici della "Volkspartei., che non si deve ad ogni piè sospinto porre in discussione la questione dello status dell'Alto Adige e voi sapete meglio di me, che su questa questione si può discutere, però se ne discute per accademia, perché sapete bene che la situazione oggi, e credo anche nel futuro, non consentirà modificazioni allo status dell'Alto Adige. Questo che cosa significa? Significa abbandonare alcuni pretesti propagandistici che possono far comodo, che vi hanno anche fatto comodo sinora, ma che non hanno fatto altro che non concludere nulla e soprattutto non hanno fatto altro che inasprire i rapporti fra i gruppi etnici, perché quando voi tirate fuori queste questioni e vi trovate di fronte al cittadino di lingua italiana che è comprensivo della situazione in cui si trova la maggioranza dei sudtirolesi, che comprende come siano giuste certe loro

aspirazioni e che comprende che non è giusto dire di no a tutto, dire: avete avuto abbastanza ed anche troppo, quindi accontentatevi di questo o andatevene fuori, che comprende che questa linea è sbagliata, che di fronte al cosiddetto scandalo delle persiane bianche e rosse di Bressanone ha persino vergogna di leggere queste notizie, perché pensa che la causa dell'italianità (e poveri diavoli coloro i quali hanno fatto quelle denunce) non si difende certo andando a denunciare una padrona di casa che ha dipinto in bianco e rosso le sue imposte, andando a tirare fuori che dietro il colore bianco e rosso di quelle imposte, che abbiamo visto in tante altre provincie d'Italia, non soltanto in Alto Adige, c'è la macchinazione irredentistica. Quando vi trovate di fronte a questo cittadino di lingua italiana, ed è la maggioranza degli italiani in Alto Adige che la pensa così, che quindi è ben disposto al contatto con il cittadino di lingua tedesca, è comprensivo della loro situazione e ritiene che la situazione può essere migliorata andando anche incontro a certe aspirazioni, senza però danneggiare un gruppo etnico o un altro. Quando voi vi trovate di fronte a questo e dite: ma noi non vogliamo saperne dell'Alto Adige con l'Italia, noi vogliamo andare chissà dove, è evidente che questo cittadino per quanto ben disposto, dice: chiusa la discussione e basta, perché questa è la delimitazione ultima oltre alla quale non si può andare. Ora se si vuole instaurare un clima di maggiore comprensione ed un colloquio fattivo nell'interesse veramente della nostra Provincia, è evidente che bisogna lasciar cadere certi slogans, certi pretesti e pensare che in Italia c'è una Costituzione che non deve difendere soltanto gli italiani ma anche i sudtirolesi, e hattersi perché questa Costituzione e lo Statuto di autonomia, che è una legge costituzionale, siano attuati a favore dei sudtirolesi ed anche degli italiani, pensare quindi che l'autonomia non è per i sudtirolesi soltanto, ma anche per i cittadini di lingua italiana dell'Alto Adige e per quelli del Trentino e che da un comune sforzo si potrà realizzare un avvenire migliore di quello attuale. Ed allora anche sotto questo aspetto certe campagne propagandistiche di stampa e non di stampa possono venire sedate, limitate ed annullate, e se facciamo bene le somme, cari colleghi, non potremo non convenire su questo, non si fa altro che distogliere e disorientare la pubblica opinione e quindi inasprire tutta la situazione. L'attività dell'esecutivo non può non sentire i riflessi che provengono da questa situazione generale, e con questa polemica dall'una e dall'altra parte, e tante volte con la finta polemica che specialmente c'è fra la D.C. e la "Volkspartei., la situazione non migliorerà e quindi la nostra amministrazione ne risentirà i malefici effetti. Se invece si vuole dare uno sguardo al futuro con diverse prospettive e quindi si vorrà mutare un po' alcuni degli indirizzi sinora seguiti, è evidente che anche la nostra attività amministrativa e legislativa

e quindi anche il bilancio provinciale potranno in generale essere migliori. Come si presenta il bilancio di quest'anno? Il collega Molignoni ha detto che il bilancio non presenta delle notevoli diversità, se non erro, in confronto a quello dell'anno scorso e su questo sono d'accordo. C'è finalmente un altro mutuo che la Giunta Provinciale ha fatto e che io approvo, perché sono sempre stato per una più coraggiosa politica di mutui, non tale da indebitare eccessivamente la Provincia, ma tale comunque da aprire qualche spiraglio economico alla nostra azione. Sono d'accordo con il mutuo così come viene contratto, ne discenteremo circa l'utilizzazione così come viene proposta. Anzi io dirò qualche cosa di carattere generale, perché sulle questioni in particolare poi avrò modo di interessarmi e di prendere la parola nel corso della discussione articolata. Questo mi pare l'unico fatto di rilievo, questa decisione di fare il mutuo e la conseguente decisione di avviare a soluzione, non completa, ma ad una discreta soluzione, il problema delle strade, problema importante sotto ogni aspetto per la nostra economia, per la nostra vita provinciale. Ho da dire quindi che l'impostazione è press'a poco quella tradizionale sinora seguita per i bilanci passati, e lo vedremo meglio nel corso della discussione articolata. Io ritengo questo bilancio un bilancio scarsamente sociale, soprattutto nel senso che vengono ridotti addirittura degli stanziamenti in favore di certi settori dell'assistenza e non si faccia ancora quanto si potrebbe fare per affrontare alcuni problemi che riguardano l'assistenza in genere in Alto Adige. Poi questo bilancio, come gli altri, si presenta come un bilancio chiuso. Noi abbiamo i 9/10 delle imposte di Ricchezza Mobile e di altri tributi erariali che danno un gettito complessivo ragguardevole, abbiamo altre entrate fisse che possono variare relativamente da un anno all'altro, però non abbiamo finora almeno, la possibilità che per esempio ha la Regione con l'art. 60 dello Statuto quando va a Roma a trattare con il Governo. Noi abbiamo l'art. 70 che dà troppo poco, io penso, alla nostra amministrazione provinciale; il guaio è che quest'anno non è stato discusso questo art. 70 in occasione della discussione sul bilancio regionale, ma non sarà male perlomeno per il futuro porre questa questione. Io credo che l'interpretazione, che la D.C. e la "Volkspartei", alla Giunta Regionale danno all'articolo 70 sia un'interpretazione sbagliata. L'articolo dice: *"Allo scopo di adeguare le finanze delle Provincie al raggiungimento delle finalità e all'esercizio delle funzioni stabilite dalla legge, ad esse viene assegnata annualmente dal Consiglio Regionale una quota delle entrate tributarie della Regione in proporzione al gettito ricavato rispettivamente nel territorio delle due Provincie,"*. Che cosa significa questo? Significa che si deve erogare alla nostra amministrazione provinciale la modesta somma che è contenuta anche quest'anno nel nostro bilancio? No! Significa che se la

nostra amministrazione provinciale ha determinate esigenze, va alla Regione e si batte per ottenere un contributo sostanzioso per mettere in grado la nostra Provincia di adempiere ai suoi compiti e quindi di poter attuare quelle leggi che essa deve attuare, siano questi obblighi che le derivano dalle leggi nazionali, come da leggi provinciali. La Regione, quando esamina la necessità di erogare alle Provincie di Trento e di Bolzano queste somme, deve tenere conto che se dà 500 milioni a Bolzano non può dare 600 milioni a Trento, ma dovrà dare in proporzione al gettito dei "tributi regionali che vengono ricavati nelle due Provincie". Se per esempio il Trentino contribuisce con l'80% e l'Alto Adige con il 100% è evidente che un contributo sostanzioso deve essere dato all'Alto Adige quando viene ravvisata questa necessità e l'80% di questo contributo deve essere dato a Trento, non di più. Quindi non significa che si debbano dare le modeste somme che sono inserite nel nostro bilancio, perché allora io mi chiedo: se il nostro bilancio continua a mantenere queste entrate, come potremo noi attuare le competenze statutarie dell'art. 11, e di altri articoli, e fare delle leggi che prevedono interventi finanziari della Provincia secondo le competenze che vengono stabilite dallo Statuto? E' evidente che con un bilancio chiuso di questo genere non potremo impostare la nostra attività con qualche iniziativa a largo respiro e secondo quanto viene stabilito dallo Statuto. Quindi io credo che per quanto riguarda la questione dell'art. 70 dello Statuto bisogna far cadere questa interpretazione restrittiva che sinora è stata data dalla maggioranza del Consiglio Regionale, e particolarmente dalla Giunta Regionale. In secondo luogo si dice: noi possiamo contrarre mutui impegnando la sovrimposta, soprattutto la sovrimposta che è quella che dà un discreto gettito, ma non possiamo per es. impegnare i nove decimi della ricchezza mobile che vengono devoluti alla Provincia da una disposizione statutaria, ragione per cui anche la famosa politica coraggiosa dei mutui presto o tardi dovrà avere un limite, un termine, perché noi non abbiamo grandi patrimoni, abbiamo solo dei modesti introiti fissi da poter impegnare, ed è quindi evidente che anche questa famosa coraggiosa politica di mutui la dovremo abbandonare. D'accordo che ci sono le disposizioni generali in materia di mutui a enti locali, disposizioni sorpassate e criticate da quasi tutti, anacronistiche, che attendono finalmente di essere riviste dalla Camera, ma bisogna anche tener conto del fatto nuovo che è subentrato con l'entrata in vigore dello Statuto di autonomia, e quindi della figura nuova e particolare che ha la nostra Provincia in confronto alle Provincie a Statuto ordinario. Ora, io invito la Giunta non soltanto ad esaminare questo problema, perché essa l'ha già esaminato certamente e bene, quanto a compiere dei passi opportuni presso chi di dovere per vedere se non si possa impegnare nell'eventua-

lità della contrazione di mutui per la nostra Provincia, non si possano impegnare le entrate relative ai nove decimi dell'imposta di ricchezza mobile e degli altri tributi erariali. Questo potrebbe aprire altre prospettive soprattutto nella prossima legislatura alla nostra amministrazione provinciale. Un'altra questione legata al bilancio è quella che ritengo, dato che sta per scadere la legislatura, che si potrebbe nel corso di questi mesi utilizzare opportunamente l'avanzo di amministrazione relativo all'anno 1955. Il conto del tesoriere, mi pare debba essere presentato entro il 31 marzo di ogni anno, quindi se ancora non lo abbiamo, presto lo dovremo avere questo conto che avrebbe dovuto per legge essere fatto entro il 31 marzo. Una certa cifra certamente ci sarà, non si potrà andare fino in fondo probabilmente ma credo che una cifra ragguardevole ci sarà sicuramente, e noi questa somma la potremo utilizzare già nel corso di questi mesi nel modo più opportuno. Se c'è qualche problema lasciato a metà cerchiamo di portarlo a termine, è inutile lasciare la cassa per la nuova amministrazione provinciale. D'accordo che ci sarà molta continuità con la prossima legislatura, perché molti o almeno alcuni dei principali amministratori provinciali, specialmente della S.V.P. faranno parte di questo consesso, ma io credo che sia giusto, nella situazione in cui ci troviamo, cioè nella situazione in cui siamo costretti a contrarre mutui, utilizzare quanto abbiamo in cassa. Quindi nel corso di questi mesi io vedrei bene un'iniziativa che tendesse ad utilizzare questo avanzo di amministrazione relativo allo scorso anno. Inoltre, permettetemi di dire che dovremo incominciare con questo bilancio ad abolire tutte le spese inutili o scarsamente utili o di favore, che ho potuto riscontrare qualche volta, specialmente guardando il consuntivo. Credo che non si debba attuare la politica della lesina per certe cose, per quanto questa sia già in atto per certe cose dove non dovrebbe esserci la politica della lesina, ma comunque tutto quello che si ritiene scarsamente utile deve essere, secondo me, rigorosamente tagliato. E permettete che ve lo dica, non abbiatevene a male, in questo c'entra anche la Mercedes che si vuole dare al futuro Vescovo di Bolzano, e permettete che vi dica che mi sono reso conto che certe spese non sono proprio così utili, o sono spese di favore da parte della nostra amministrazione provinciale o da parte di qualche Assessorato. Ho letto le spese per le attività culturali relative all'articolo 31 del bilancio dello scorso anno, articolo che si vuole incrementare di altri 23 milioni! Beata la cultura altoatesina questa volta! Chissà che razza di impeto assumerà questo movimento culturale altoatesino che travolgerà tutto, mentre vedo ridotti certi stanziamenti per l'assistenza o lasciati certi stanziamenti, già modestissimi, sempre per l'assistenza o per altre cose che dal punto di vista dell'economia sarebbero di grande importanza. Andiamo a vedere questi milioni impiegati l'anno

scorso: è ammissibile che si dia un contributo di Lire 100.000 per la distribuzione di un libro chiamato "Gesù mio regio,, (ed io rispetto Gesù, come rispetto qualsiasi credo, perché non mi avrete mai sentito prendere la parola contro nessuna religione, specialmente contro quella cattolica) ma perché il canonico don Franco di Bressanone vuole stampare e divulgare questo testo, si dà questo contributo? Ma cosa c'entra questo con l'amministrazione provinciale? L'ordinamento vescovile di Bressanone per la distribuzione del testo „Unser Kirchenlied“ riceve 400.000 Lire! Ma è possibile che non abbiano i soldi per distribuire i loro libri? (Legge l'elenco — liest die Aufstellung). Ma scusate, distinguiamo bene l'attività svolta per una religione, per un credo ecc., da altre attività! Noi, che siamo qui per amministrare il pubblico denaro, dobbiamo sempre tenere presente questo! Domani non andate a dire che io ho fatto una tirata anticlericale perché io posso rispettare molti clericali, ma non posso ammettere che con il denaro pubblico si facciano di queste cose, anche perché con 400 mila lire quà, 100 mila là 2 milioni e mezzo per un'altra cosa, si fanno i milioni e non è giusto che i denari pubblici vengano utilizzati in questa maniera. Non venite a dirmi che questo si deve fare perché è un bene pubblico! No! Anzitutto è giusto che i fedeli stessi, appartenenti ad un certa associazione si muovano per contribuire a distribuire questo libro, per far prendere quest'altra iniziativa ecc., quando tutte queste iniziative ed attività sono rigorosamente inquadrare nell'ambito di un determinato credo religioso, nelle quali attività poi noi non abbiamo neanche la facoltà di metterci il naso, perché c'è una gerarchia molto organizzata che dice: qua comandiamo noi e non fatevi nemmeno vedere o sentire voi altri. Quindi, distinguiamo bene nella gestione del pubblico denaro, cominciamo noi dell'amministrazione provinciale. Che funzione di tutela nei confronti dei Comuni possiamo svolgere noi se non diamo l'esempio nel sapere giustamente amministrare i pubblici denari?! Quindi sulle attività culturali ritorneremo sopra quando discuteremo di questi 50 milioni, sui quali 50 milioni, (basta leggere i verbali della Commissione alle finanze), siamo stati molto lontani dall'aver avuto delle spiegazioni appena sufficienti ed elementari da parte dell'Assessore competente Mayr. Ho cercato nella "voluminosissima,, relazione dell'Assessore Mayr queste spiegazioni, e questi dati, e mi dispiace che sia assente, ed anch'io gli rinnovo gli auguri che guarisca presto, ma in questa "voluminosa,, relazione ho sentito parlare di tutti i problemi con competenza, ma spiegazioni sull'utilizzazione dei 50 milioni non ne ho trovate. Probabilmente per l'Assessore Mayr che cosa sono 50 milioni? Sono una briciola in mano sua! Ora stiamo calmi, non dico negli sperperi, perché non vi accuso di sperperare, ma nell'utilizzare giustamente certe somme. Come dico, se voi vi prendete la cura di scorrere questo

elenco relativo alle spese fatte sull'art. 31 del bilancio dello scorso anno, troverete di che meditare. Per concludere, la chiave di tutto sta in questo: siamo all'ultimo anno della legislatura, ci presentiamo con l'ultimo bilancio, vogliamo dare perlomeno la speranza ai cittadini dell'Alto Adige che noi contribuiremo a migliorare la situazione generale politica, economica, sociale, portandoci noi, come amministratori provinciali, in prima linea per realizzare questa speranza, oppure vogliamo continuare con la musica sinora suonata? Questo è il bivio che ci si presenta. Io credo che vale la pena di meditare sulla necessità di migliorare e di contribuire di più per migliorare la situazione generale. E questo si può fare da una parte ed anche dall'altra, basta un po' di buona volontà, di maggiore lealtà, di maggiore buona fede ed anche di maggiore fiducia in quello che può essere un migliore avvenire di questa nostra Provincia e delle nostre popolazioni. Se si vuole seguire la strada seguita finora, si abbia almeno non dico la compiacenza, il coraggio di dire che questa situazione non la si vuole migliorare, che è giusto predicare il nazionalismo, la discriminazione etnica, che è giusto seguire, permettete, anche una politica che aiuti i beati possidenti! Si abbia per lo meno questo coraggio, e non si nascondano queste cose dietro frasi più o meno melate e contorte di carattere politico o di altro genere. Io penso che almeno in questo ultimo anno sulla scorta dell'esperienza sinora fatta sia politica che amministrativa, si possa convenire che esistono alcuni punti di contatto che possono venire migliorati dall'una e dall'altra parte, esistono discordie, esistono uomini che saranno irriducibilmente in disaccordo, però esistono anche uomini che pensano che questa situazione possa migliorare sul piano generale. Sulla scorta di queste esperienze io mi auguro che nel corso di questi mesi, non lasciandoci abhacinare dalle due competizioni elettorali che ci saranno e da altri pretesti e altri interessi, io spero ed auspico che da parte della nostra Provincia, di questo Consesso, possano venire dati quegli esempi che per lo meno lascino intravedere ai nostri cittadini la speranza, la sicurezza che questo avvenire, che ci si presenta dinanzi, può essere migliorato dal punto di vista politico e dal punto di vista economico e sociale.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Allora riprendo la fatica; chiamiamola fatica per molte ragioni, per la situazione climatica che influisce su di noi mutilati, ed anche perché il fatto di parlare in un'aula qual'è quella di oggi è effettivamente desolante, deprimente. E' desolante e penso che questo senso di disagio abbia provato anche il collega Nardin, anche se attrezzato fisicamente e moralmente alle più forti delusioni. Vorrei premettere che in questo secondo intervento desidero fare una disamina breve e sintetica della situazione politica locale, come non la vedo io personalmente, ma il mio partito; senza alcun presupposto di fare del nazionalismo. Non

vorrei essere frainteso; non vorrei che qualche affermazione o frase servisse di spunto a qualcuno per dire che Molignoni ha fatto del vieto nazionalismo. Non penso in sostanza che un discorso fatto in Consiglio Provinciale sia una grande piattaforma agli effetti della campagna elettorale; porteremo le nostre tesi sulle piazze dei Comuni dell'Alto Adige, ma, non credo che un discorso di questa sede possa capovolgere la situazione. Non intendo rifarmi alcuna verginità, ché non ho nessuna necessità di farlo. Vi dico che in sede di bilancio di natura contabile, c'è indubbiamente un bilancio di ordine politico e morale che bisogna fare; soprattutto allo scadere della seconda legislatura, che impone una certa revisione, una specie di esame retrospettivo di quello che è stato. Ho premesso la parte tecnica al bilancio e l'ho fatto più che altro per un dovere, come ho fatto tutti gli anni; perché indubbiamente io, come tutti gli altri, siamo pressati da più preoccupazioni che impediscono quasi di dedicarsi alla cosiddetta normale amministrazione con tranquillità e serenità; l'ho fatto soprattutto per non essere tacciato di trascuratezza e faciloneria, perché non mi si venga a dire che ho dimenticato l'amministrazione per la politica; facile slogan che abbiamo sentito ripetere spesso in quest'aula, come una accusa, però non fondata perché sappiamo benissimo tutti che non è possibile scindere l'amministrazione dalla politica, ma che, se mai, l'una e l'altra si completano, si compensano e l'una è in funzione dell'altra. A conclusione quindi di questo quadriennio, in occasione del bilancio, nella quale occasione si parla un po' di tutto e particolarmente di politica, vorrei fare un brevissimo esame retrospettivo ed esaminare il cammino percorso in questi quattro anni, meglio in otto anni di legislatura autonoma; per vedere se con altri mezzi, con altri sistemi e metodi, si sarebbe potuto raggiungere risultati migliori, risultati più concreti e più fattivi. Gli osservatori locali, penso che a questo punto potrebbero e dovrebbero fare una considerazione quasi, quasi drammatica: dovrebbero dire, seguendo la stampa, seguendo gli echi di oltre confine, di oltre Brennero, dovrebbero dire che lo Statuto di autonomia, anche se fosse realizzato al completo ed in ogni sua parte, anche se diventasse integralmente operante, non contiene, non rappresenta più le aspirazioni del partito unico sudtirolese, della S.V.P. Se si trattasse di discutere un problema particolare, di applicazione di clausole o di articoli, di disposizioni degli accordi De Gasperi-Gruber, del trattato di Parigi oppure dello Statuto di autonomia, penso che l'autonomia potrebbe veramente procedere su di un piano sereno verso la sua realizzazione, verso le proprie finalità e giungere anche ad una pacifica conclusione, cioè ad una sua totale applicazione con piena soddisfazione di entrambe le parti e di coloro che guardano all'autonomia non come a qualche cosa di pauroso, ma come a qualche cosa capace di creare reali benefici per le popolazioni e per

l'amministrazione locale. Ma è inutile dire che l'autonomia non è bloccata; a questo punto bisogna essere estremamente sinceri e dobbiamo dirci che la autonomia è bloccata da pesantissime ipoteche che vorrei individuare anzitutto, nella questione cosiddetta territoriale che costantemente viene proposta, che affiora ad ogni piè sospinto, in ogni occasione più o meno velatamente, a Bolzano, molto più apertamente e chiaramente oltre confine; è poi bloccata dalla complessa politica generale che tende ad impedire la pacifica convivenza fra i gruppi etnici, quella pacifica convivenza che doveva essere il fine fondamentale dell'autonomia stessa. Queste, secondo me, sono le due grosse ipoteche che gravano sull'autonomia e sulla sua possibile realizzazione. Se le garanzie e le assicurazioni per le libertà della popolazione sudtirolese, libertà di lingua, di cultura, di sviluppo culturale e dei relativi usi, costumi e tradizioni, se tutte queste cose volevano veramente creare la piattaforma alla convivenza, bisogna dire, ed è legittimo il dirlo, che la S.V.P. è la prima a tradire lo spirito e la lettera dello accordo di Parigi; anche se non se ne dovrebbe parlare, bisogna parlare, perché è inutile non parlarne qui e che poi ne parli tutta la stampa centro europea, ne parlino nei consessi legislativi di oltre confine, ad Innsbruck, a Vienna ed a Bonn e, magari, anche a Londra. E' inutile! ed è doveroso ripetere dei dati di fatto che credo siano pacifici. Diceva poc'anzi Nardin, che forse ha una visione diversa dalla nostra, non in contrasto ma non del tutto pari a quella che può essere la nostra: è pacifico sul piano morale, sul piano giuridico, sul piano storico, geografico, su tutti i piani che volete, è pacifico che lo Alto Adige è territorio italiano appartenente alla Repubblica italiana. E' inutile che torni a ricordare il trattato di pace, l'art. 47 del trattato di pace austriaco recentissimo; tutti questi atti internazionali assicurano in modo non confutabile e non discutibile l'appartenenza dell'Alto Adige all'Italia. Eppure malgrado tutto questo, queste assicurazioni e l'impossibilità di riproporre concretamente e lealmente questo problema sul tappeto internazionale, abbiamo visto anche nel recentissimo congresso della S.V.P., segreto finché volete, ma poi è trapelato apertamente attraverso la mozione capestro votata all'unanimità, che si è richiesto, ancora una volta, che la questione dell'Alto Adige sia portata sul piano di un'istanza internazionale. Questo quando l'Italia basandosi sull'assoluta convinzione e sul suo assoluto diritto di considerare l'Alto Adige territorio italiano, ha concesso, come sappiamo, la cittadinanza ad 85 mila persone rinunciarie a questa cittadinanza, che avevano assunto la cittadinanza germanica. Un osservatore politico diceva a questo proposito pochi giorni fa, e sento di poter condividere questo pensiero molto schietto: pretendere l'autodecisione dopo l'immissione volontaria da parte dell'Italia di 85 mila voti, che secondo i sostenitori del plebiscito dovrebbero manifestarsi contro di

lei vuol dire: prestare allo Stato italiano una vocazione autolesionistica e suicida di tale gravità da non poter essere considerata seriamente. Mi pare che ci sia molta verità in questa considerazione, in questa impostazione del problema altoatesino che ad ogni piè sospinto si agita sulla stampa e nei vari consessi locali e di oltre confine e rappresenta o dovrebbe rappresentare soltanto un completo scavalcamento dell'accordo di Parigi e dello Statuto di autonomia, che pure è stato accolto di buon grado dai rappresentanti della popolazione di lingua tedesca. Penso che non è possibile, ed in questo senso dico delle cose che sono già state dette in questa sala, non è possibile caldeggiare questa tesi che alla luce del sole appare infondata da tutti i punti di vista, come dicevo poc'anzi, e nel medesimo tempo, mentre si imposta questa tesi e mentre si sostiene questa tesi, spingere, premere, chiedere ed insistere per ottenere quella realizzazione completa dello Statuto, quelle possibilità di ulteriori sviluppi dell'autonomia locale che noi riteniamo legittimi poter chiedere, quelle realizzazioni che in fondo in fondo non dobbiamo dimenticare, sono state definite dal Ministro Figl "infinitamente poca cosa..". Io non sto a dire se sia poco o tanto, se sia poco o pochissimo o qualche cosa di più, ma vorrei contenere entro limiti, quanto meno sensati, il ragionamento rispetto alla lettera ed allo spirito dello Statuto. D'altronde dirò una cosa: se la definizione del Ministro Figl dovesse coprire i postulati che fino a questo momento apertamente sono stati proclamati dalla S.V.P., bisognerebbe dire che veramente la misura espressa dal Ministro Figl "quell'infinitamente poca cosa..", non può comprendere i problemi di ben altro peso e misura, qual'è quello che voi costantemente state proponendo, la separazione cioè dell'Alto Adige dall'Italia, oppure la garanzia dello "statu quo etnico..", oppure la proibizione legislativa a quella che viene definita la libera circolazione fra Provincia e Provincia di uno stato libero e democratico, o addirittura, il retrocedimento allo "statu quo ante 1918!..". Tutte cose chieste nel memoriale a Scelba che tutti abbiamo letto, ancora di attualità, anche se Scelba ha perso parte della sua attualità. Poi, le critiche scatenate dal giornale ufficiale della S.V.P., alle dichiarazioni del Ministro Figl, non impedisce alla gente di buon senso, alla gente non esasperata, di considerare le dichiarazioni del Ministro Figl, le considerazioni del responsabile del Governo austriaco, il quale Governo austriaco, in qualità di unico contraente del patto di Parigi, è il solo ufficialmente qualificato a pronunciarsi in materia. Se così non fosse, se la posizione del Governo austriaco non fosse ragionevole e soddisfacente, se si volesse realmente riproporre nei consessi internazionali la questione dell'Alto Adige nel suo aspetto territoriale, allora vi chiediamo noi, che operiamo con voi nell'interesse comune dei cittadini di questa provincia, vi chiediamo se non sarebbero inutili ed insignificanti le lunghe discus-

sioni che noi stiamo facendo sullo art. 14, sulle facoltà non concesse ancora, non concretate ed operanti; rispetto a quella questione grossa ed essenziale, sono naturalmente tutte questioni insignificanti e di nessunissimo peso. Penso che il nocciolo della questione sia proprio qui, stia proprio qui, in questo aspetto di superamento, di svuotamento dell'accordo di Parigi e dello Statuto di autonomia ad opera della S.V.P., la quale non ravvisa più in questi strumenti giuridici il limite delle proprie aspirazioni. Per questo, secondo il nostro modesto avviso, lo Statuto di autonomia minaccia di diventare un equivoco, un grossissimo equivoco; quello che nasce nel momento in cui non ci si trova più d'accordo sulla questione base! E' quello che avviene un po' fra due interlocutori, quando questi non diano lo stesso significato alle parole che usano nel loro discorso e non abbiano quindi la possibilità di intesa e di colloquio e ne nasca la cosiddetta Babele delle lingue, dove più nessuno capisce niente e nessuno riesce a trovare un punto di incontro. Noi pensiamo che a questo punto sia veramente necessario ed inderogabile che i rappresentanti della S.V.P. dicano chiaramente ed onestamente dove vogliono arrivare ed a che cosa vogliono arrivare. E' necessario che lo dicano, se ritengono di poterlo dire, che l'accordo di Parigi e lo Statuto di autonomia elaborato con soddisfazione dei rappresentanti della popolazione di lingua tedesca, non rappresenta più il limite delle loro aspirazioni; è necessario dirlo con estrema chiarezza, perché ognuno di noi sappia quali responsabilità ha di fronte, quale avvenire lo attende, quali soprattutto i mezzi a cui fare ricorso per evitare il peggio. Perché, amici della S.V.P., sorge veramente il dubbio ad un certo momento, il dubbio legittimo, che l'impostazione della S.V.P. abbia uno scopo preciso, lo scopo cioè di impedire la realizzazione di quanto ancora è da realizzare, lo scopo di impedire di mandare a buon fine quello che ancora rimane da operare. E non è il momento di dire se questo sia molto o sia poco, non è il momento di dire se ed in che cosa consista; sorge il dubbio che questa parte non ancora realizzata, non voglio ricalcare la frase del Ministro austriaco Figl che dice trattarsi di "pochissima cosa,, tutto facciate in funzione di impedirne la sua realizzazione. Mi domando, e sono domande che si sono fatte molti altri, come potrebbe lo Stato italiano, a cuor leggero delegare competenze che voi chiedete nella mozione capestro dell'ultimo congresso, quelle relative alle case popolari, agli uffici di collocamento, ed altre di estrema delicatezza ed importanza sulle quali non è neppure il caso di soffermarsi, come potrebbe delegare queste facoltà amministrative, a cuor leggero, lo Stato italiano quando apertamente voi dichiarate di voler giungere a determinati traguardi, e cioè, a combattere il libero movimento dei cittadini nell'ambito della propria Patria? Lamentate l'immigrazione forzata inesistente, quando le cifre di-

mostrano che l'immigrazione non esiste, ed in sostanza, dichiarate di voler avvalervi delle funzioni amministrative per fini che si possono considerare illeciti, tanto da poter considerare come delle armi puntate contro la sovranità dello Stato. Lasciatemi ricordare a questo punto la dichiarazione dell'Assessore Brugger, il quale dopo aver definito "corpo estraneo,, al complesso dello Stato i cittadini di lingua tedesca dell'Alto Adige, chiedeva per la Provincia di Bolzano mezzi sovrani, ponendo in essere concezioni assolutamente inaccettabili, come quella di creare un autentico stato nello stato, fino in extremis, penso, a concedere ad esso una rappresentanza diplomatica nei paesi esteri, per agitare e muovere governi e pubblica opinione contro il paese a cui la Regione, si voglia o non si voglia, appartiene. Del resto assistiamo in ogni settore ad un'interpretazione...

FORER (S.V.P.): (*Interrompe — unterbricht*).

MOLIGNONI (P.S.D.I.): ... Ognuno dice le proprie cose Forer, poi ti autorizzo a rispondere e a presentare la situazione sotto tutt'altra luce. Assistiamo ad un'interpretazione che è unilaterale ed estensiva; esaminiamo brevemente quelle che sono le richieste contenute nella vostra mozione conclusiva per vedere fino a dove esse possono essere seguite e dove risulta palese ed evidente questa estensione, questo concetto estensivo, assolutamente al di fuori della lettera e dello spirito della legge e dello Statuto stesso. Iniziate la vostra mozione dicendo: "*Come misura efficace contro la snazionalizzazione si richiedono le funzioni amministrative in materia di edilizia popolare, di uffici di collocamento, di Ispettorato del Lavoro...*". Per quanto concerne lo Ispettorato del lavoro e gli uffici di collocamento vorrei dire che non so dove sia contenuta questa possibilità da parte della Provincia; comunque è una questione molto aleatoria di fronte alla quale le argomentazioni sono assai difficili da sostenersi. Ma vediamo il primo punto relativo all'edilizia popolare. Un punto squisitamente di vostra competenza contenuto nell'art. 11 dello Statuto. Dico che è un punto che andrebbe preso in considerazione ed esaminato. Si dovrebbe stabilire un quadro delle possibilità amministrative da parte della Provincia, ma, come si può fare ed esaminare questo problema quando voi lo ponete come scopo fondamentale per combattere la immigrazione, per impedire la snazionalizzazione e non lo ponete sul piano di rispondere a quelli che sono i bisogni effettivi e reali della intera popolazione della Provincia. E' evidente che impostando il problema in questo modo vengono a mancare le premesse del colloquio e della discussione e succede quello che ho denunciato poc'anzi per Campo Trens, dove con i milioni in mano non si trova il terreno per fare una casa, perché si tratta di otto famiglie appartenenti ad un certo gruppo etnico. Lasciate pure ch'io dica che il Governo deve andare con i piedi di piombo, deve andare

prudente, di fronte ad uno stato di cose del genere. Chiedete poi l'emanazione di norme di attuazione sulla scuola. Non voglio dilungarmi su questo argomento ed entrare in merito, perché dovrei ricordare solo che lo schema di queste norme era stato preparato alla fine del 1951, ma che la S.V.P. non ne ha voluto l'emanazione; si è opposta per due ragioni, perché pretendeva la completa autonomia del Vice Provveditore agli Studi per la scuola tedesca, operando così una completa scissione fra le due scuole di lingua italiana e di lingua tedesca, ma soprattutto perché volevate che si lasciasse alla libera scelta dei genitori l'immissione alla scuola, la dichiarazione di appartenenza al gruppo etnico; contro, signori, il primo comma dell'art. 15 il quale stabilisce che l'istruzione sia impartita nella lingua materna dello alunno. Guardate, voi che parlate di snazionalizzazione, voi che lamentate il pericolo, la minaccia di snazionalizzazione, vi dirò, che la snazionalizzazione è in atto, ma nei confronti nostri, a nostro danno; vi posso portare un elenco di 300 scolari dell'Unterland, italiani di nascita, italiani di origine e per educazione, che frequentano la scuola di lingua tedesca e sono stati snazionalizzati e parlano male l'una e l'altra lingua. Per cui, questo slogan della snazionalizzazione noi potremmo imputarlo a voi, con la documentazione alla mano...

FIORESCHY (Assessore all'Industria, Commercio e Turismo - S.V.P.): Vanno di loro libera volontà.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): ... se qualcuno la desidera portarla e denunciarla pubblicamente. Chiedete ancora, sempre nella stessa mozione le norme per facilitare l'occupazione degli uffici pubblici da parte di elementi di lingua tedesca, ma non vi fermate a questo punto che noi troviamo ragionevole, no, dite: fino alla proporzione dei due terzi. Siete fissati con quella proporzione dei due terzi, vedete i due terzi dappertutto e sempre, cioè pari alla popolazione, cosa che non trova assolutamente nessun fondamento, io penso, né nello Statuto né nello Accordo di Parigi, il quale Accordo di Parigi sappiamo benissimo che cosa stabilisce. Stabilisce che ai cittadini di lingua tedesca sarà concessa l'eguaglianza di diritti per l'ammissione ai pubblici uffici allo scopo di attuare una più soddisfacente — non parla di due terzi e un terzo — ma di una più soddisfacente distribuzione degli impieghi tra i due gruppi etnici. E chiedete infine le disposizioni che regolino l'uso paritetico delle due lingue nei rapporti d'ufficio interni ed esterni. Anche qui, sorvolando quelle che sono le disposizioni statutarie propriamente dette, con una concezione estensiva che non trova ragione, impostata su un appello per garantire i diritti culturali dei sudtirolesi. Questi appelli che si susseguono ad ogni piè sospinto, appelli intesi a garantire i diritti vitali, credo siano veramente poco sentiti, ché chi vive in Alto Adige e non al Polo Nord ed opera in Alto Adige, sa benissimo

qual'è la vita in Alto Adige; sa benissimo quali sono le vostre possibilità di vita e di sviluppo culturale economico e sociale; e penso seriamente che nessuno in buona fede possa raccogliere questi appelli e possa veramente farli suoi. E' in questo modo, di fronte a questo stato di cose che l'interpretazione, anche la più semplice, quella che deriva dalla logica, un'interpretazione seria ed un serio esame del testo dello Statuto, si sgretolano attraverso calcoli più o meno pretenziosi e stracchiati dell'interpretazione della lettera e dello spirito dello Statuto; e scoraggiano gli uomini democratici, che non si fermano in Provincia ma cercano di attingere e guardare ad orizzonti più vasti, nel superiore interesse dello sviluppo economico e sociale; scoraggiano tutti coloro che per una ideologia superiore di umanità ripudiano dai particolarismi, nella ricerca di un rinnovamento, teso alla integrazione delle diverse culture e dei diversi modi di vita; deludono coloro che in una parola, riconoscono che con un minimo di buona volontà una zona di confine, una zona mistilingue, dovrebbe veramente servire di punto di incontro fra i popoli per favorire gli scambi e la comprensione. Questo è lo stato d'animo di cui parlavo all'inizio, quello stato d'animo che, anche se mascherato, è in tutti noi. In tutti noi indistintamente e che quasi quasi ci costringe a considerare poca cosa il bilancio, quale fatto amministrativo propriamente detto, perché con queste riserve mentali si avvelena il contenuto dell'autonomia stessa. Non è assolutamente possibile porsi all'esame sereno di un documento quale è il bilancio stesso. Detto questo, signori della S.V.P., è necessario dire ancora qualche cosa ai colleghi della D.C. Ad essi dobbiamo dire, ad essi che si sono trovati a diretto contatto nella responsabilità amministrativa con la S.V.P., che se la strada della chiarezze fosse stata battuta nel passato, fin dall'inizio, oggi certamente non ci troveremo di fronte a questa muraglia pressoché insormontabile. Si è fatta, amici della D.C., una difesa elastica, si è perseguita la via del possibilismo e spesso del compromesso, dei patti, come si suol dire, sotto banco, senza tener conto che questa strada e che questo sistema è valso e valeva solo ad esacerbare i "duri", ed incoraggiare i timidi. Noi non abbiamo mai chiesto la durezza e non chiediamo durezza; non è tradizione di un popolo civile, chiedere durezza. Ma abbiamo sempre chiesto ed ancora una volta chiediamo fermezza e sincerità soprattutto, al disopra ed al di fuori di qualsiasi patteggiamento segreto.

Senza questi presupposti noi siamo convinti che tutta la vita sociale ed economica di questa terra di confine, verrà intossicata da quelli che oggi si possono considerare, forse ancora, stati d'animo isolati e circoscritti a certe sfere politiche; si estenderanno e potranno scendere ad inquinare i rapporti ancora buoni e possibili fra le popolazioni dell'Alto Adige. Finché c'è tempo, finché siamo ancora in tempo, chiediamo di evitare tutto questo,

lo chiediamo nell'interesse superiore umano, sociale ed economico che esige assolutamente una diversa impostazione. Concludo dicendo che per noi resta un punto fermo assolutamente indiscutibile, questo: la improponibilità sotto tutti gli aspetti e punti di vista, della questione territoriale. Noi consideriamo l'Alto Adige zona di confine, zona mistilingue, come ce ne sono molte altre, laddove convivono due gruppi etnici. Abbiamo la coscienza — e questo molti osservatori stranieri confermano — che in questa terra la minoranza etnica è quella che gode dei maggiori diritti e delle maggiori agevolazioni rispetto alle minoranze etniche europee. Chi non è convinto di questo può accertarsi osservando i 50 mila sloveni che fanno parte della Repubblica austriaca. In ogni caso noi abbiamo questa convinzione, ab-

biamo questa coscienza; e questo dimostra chiaramente che rispetto alle concezioni improntate ad uno spirito di fazione, noi ci troviamo su altre posizioni, che trascendono qualsiasi nazionalismo per poggiare su impostazioni più ampie, per guardare cioè ad orizzonti più sereni.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sulla discussione generale? Nessuno, la discussione generale è chiusa. Si vota il passaggio alla discussione degli articoli. E' approvato con un'astensione.

Domani alle ore 9 c si lavora solo fino a mezzogiorno.
— Morgen nur bis 12 Uhr.

Ore 18,15 Uhr.